

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kapfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vorgefaltene Portfeuille oder deren Raum 50 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

## Der Lohn als Mittel zur Steigerung der Arbeitsleistung.

I.  
t. Die Entwicklung der Industrie und die fortschreitende Anwendung immer vollkommenerer Produktionsmethoden läßt auch den Arbeiter nicht unberührt, sondern treibt ihn zu immer höherer Steigerung seiner Leistungsfähigkeit. In dieser Beziehung standen dem Unternehmer alten Schlags wenig Mittel zur Verfügung. Im allgemeinen hatte er nur die Möglichkeit, die von ihm beschäftigten Arbeiter 16 bis 18 Stunden täglich arbeiten zu lassen und für diese Arbeitsleistung mit einem möglichst kümmerlichen Tages- oder Wochenlohn abzufinden. Er konnte sich dann einbilden, aus seinen Arbeitern den letzten Rest von Arbeitsleistung herausgeschunden und für sich dienstbar gemacht zu haben. Freilich sehr zu Unrecht, denn die lange Beschäftigungszeit allein bedingt noch keine rationelle Ausnutzung der Arbeitskraft des Arbeiters, sondern hat eher das Gegenteil zur Folge. Die Ausbeutung der Arbeitskraft über ein gewisses Maß macht den Arbeiter dumm, stumpf, sowie gegen seine Umgebung als auch Tätigkeit gleichgültig und teilnahmslos. Das Resultat ist nicht nur ein verhältnismäßig geringes, sondern auch geringwertiges Arbeitsprodukt. Unter der Herrschaft der freien Konkurrenz und der entwickelten Technik erweist sich die bis ins Unmensliche ausgedehnte Arbeitszeit auf die Dauer nicht als zweckmäßig und aufrechterhaltbar. Und selbst ohne den Widerstand der Arbeiter müßte eine Industrie, die sich lediglich auf die übermäßige Ausbeutung der Arbeit, auf schlechte Bezahlung und ins Ungemessene ausgedehnte Arbeitszeit stützt, schließlich zugrunde gehen, mit ihr freilich auch die Arbeiter.

In Anstrengungen, den Arbeiter innerhalb einer möglichst langen Arbeitszeit zur intensivsten Arbeitsleistung anzuspornen, hat man es von Seiten der Unternehmer zu keiner Zeit fehlen lassen. Vorwiegend suchte man diesen Zweck durch weitgehendste Kontrolle und Beaufsichtigung der Arbeiter zu erreichen, ohne damit jedoch zu einem allseitig befriedigenden Resultat zu gelangen. Eine solche Kontrolle und Antreiberi durch Aufsicher und Kontrollbeamte kostet viel Geld, und zwar um so mehr, je individuellere Arbeitsleistungen von dem Arbeiter gefordert werden. Hinzu kommt, daß die erfolgreichen Bestrebungen der organisierten Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit den von den Unternehmern unterhaltenen Kontroll- und Antreiberapparat immer schmerzlicher und unvorteilhafter machen. Es erscheint daher wohl begreiflich, wenn die Unternehmer selbst sich seiner zu entledigen bemühen und seit langem nach einem Ausfallsmittel suchen, das sie in dem Stand setzt, den beabsichtigten Zweck auf eine bequemere und billigere Weise zu erreichen. Ihr Suchen ist kein vergebliches geblieben; die Lösung bot sich in verschiedener Richtung.

Als besonders geeignetes Mittel, die Kontrolle und Antreiberi der Arbeiter durch speziell diesem Zwecke dienende Beamte zu ersetzen, haben sich eine Reihe von Lohnformen erwiesen, die in ihrer Eigenart darauf hinauslaufen, die Begehrlichkeit des Arbeiters wachzurufen und ihn durch Inaussichtstellung eines höheren Verdienstes zur äußersten Anspannung seiner physischen und psychischen Kräfte anzuspornen. Der einfache Zeitlohn, der die Schätzung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Arbeiter in die Hand des Unternehmers bzw. der von ihm angestellten Betriebsleiter legt, eignet sich hierfür nicht. Abgesehen von einzelnen Ausnahmen, wird sich der Arbeiter bei Zeitlohn stets nur zu einer durchschnittlichen Leistung bewegen können, bietet ihm doch die darüber hinausgehende Anspannung seiner Kräfte und Fähigkeiten nicht den geringsten Vorteil. Ebensovwenig wird er aus demselben Grunde darauf sinnen, seine Arbeitsweise vollkommener zu gestalten und die Dauer des Arbeitsprozesses für den anzufertigenden Gegenstand abzukürzen, denn den Vorteil hätte nur der Unternehmer. Anders bei dem Stück- oder Akkordlohn. Diese Lohnform macht den Arbeiter zu einem Unternehmer im Kleinen; er wird bis zu einem gewissen Grade Herr seiner Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit und hat es in der Hand, durch größere als durchschnittliche Arbeitsintensität einen höheren Verdienst als bei Zeitlohn zu erlangen.

Sehr oft erweist sich diese Erwartung freilich als trügerisch, denn der Unternehmer ist nur in den wenigsten Fällen geneigt, dem Arbeiter eine den üblichen Durchschnitt übersteigende höhere Lebenshaltung zuzugestehen. Für ihn dient das Akkordlohnsystem nur dazu, den Arbeiter zu höchster Leistungsfähigkeit anzustacheln, was er am

besten durch ständige Kürzung des Akkordlohnes zu erreichen glaubt. Diese ständige Herabdrückung der Stücklöhne und die damit verbundene Auspreßung der Arbeiter hat mit Recht deren Widerstand gegen das Stücklohnsystem hervorgerufen und das Wort: „Akkordarbeit ist Mordarbeit“ geprägt. Aber auch in den Kreisen der Unternehmer mußte man am Ende darauf kommen, daß ein derartiges Verfahren nicht für die Dauer erfolgreich und vorteilhaft sein kann. Macht der Arbeiter über die Erfahrung, daß seine höhere Arbeitsleistung ihm nur einen vorübergehenden Gewinn bringt, dem die Herabsetzung des vereinbarten Akkordlohnes auf dem Fuße folgt, so verliert er jedes Interesse daran, es mit einer weiteren Anspannung seiner Kräfte zu versuchen. Das gleiche ist der Fall, wo dem Arbeiter trotz Stücklohnbezahlung eine bestimmte Verdienstgrenze pro Stunde oder pro Tag vorgeschrieben ist, die er nicht überschreiten darf, andernfalls er den entfallenden Mehrbetrag nicht ausbezahlt erhält. Er wäre ein Tor, wollte er seine Kräfte anspannen, um diese Verdienstgrenze zu übersteigen, denn seine gesamte Mehrleistung fiel ohne den geringsten Nutzen für ihn dem Unternehmer zu. Der Zweck des Stücklohnes erweist sich hier als verfehlt, er wirkt nicht mehr dahin, die Intensität der Arbeitsleistung zu erhöhen und die Produktionskosten zu verbilligen. Damit ist dem Unternehmer natürlich nicht gedient.

Diese Erwägungen, in Verbindung mit den durch ihre Organisationen unterstützten Forderungen der Arbeiter haben in weitem Umfange zur tariflichen Festlegung der Stücklohnsätze geführt. Hiermit ist der willkürlichen Herabdrückung der Stücklöhne durch den Unternehmer ein Riegel vorgeschoben und kommt damit ein Teil der Ausstellungen über die Schäden der Akkordarbeit in Wegfall. Eine noch höhere Sicherstellung des Arbeiters bietet die Vereinbarung, daß dem Arbeiter unter allen Umständen eine dem durchschnittlichen Verdienst entsprechende Vergütung auch dann zusteht, wenn er mit dem vereinbarten Akkordlohn nicht auskommt. Das Bestehen einer derartigen Vereinbarung läßt aber in der Regel auf so niedrige Stücklohnsätze schließen, daß der Arbeiter selbst bei größter Anstrengung nicht wesentlich über den üblichen Zeitlohn anderer Arbeiter hinausgelangt. Auch in solchem Falle ist dann der Stücklohn ungeeignet, ein für beide Teile, Arbeiter wie Unternehmer, befriedigendes Resultat herbeizuführen.

Die Mängel der einfachen Stücklohnzahlung haben zur Ausfindung noch weiterer Lohnzahlungsmethoden geführt. Besondere Hoffnungen wurden dabei auf das Gewinnbeteiligungssystem gestellt, das den Arbeitern nicht nur eine gerechtere Bezahlung bietet, sondern zugleich auch als Mittel zur sozialen Versöhnung zwischen Arbeiter und Unternehmer dienen sollte. Diese Hoffnungen haben sich selbstverständlich nicht erfüllt. Das Gewinnbeteiligungssystem wurde nur von sehr wenigen Unternehmern eingeführt und kommt heute nur noch ganz vereinzelt in Anwendung. Es beruht darauf, daß die Arbeiter durch die Anwartschaft auf einen Anteil an den zu erzielenden Betriebsergebnissen bestimmt werden sollen, ihre Leistungsfähigkeit voll einzusetzen und mit dem Arbeitsmaterial sparsam umzugehen. Dabei fällt aber der Gewinnanteil des Arbeiters meist so gering aus, daß er sehr bald aufhört, sich für eine solche Entlohnungsweise zu begeistern.

Größere Erfolge hat man mit dem Prämienlohnsystem erzielt, wovon verschiedene Arten in Anwendung gelangen, die ihrerseits wieder die verschiedensten Abänderungen zulassen. So unterscheidet man Prämienlohnsysteme für Stücklohn und Zeitlohn, daneben Prämienlöhne für einzelne Arbeiter und für Arbeitergruppen, Stückprämien, Saalprämien, Material- und Meisterprämien usw. Die ganze Klasse der verschiedenen Varianten und Kombinationen, wie sie die verschiedenen Prämienlöhnsysteme ermöglichen, hier zu behandeln, würde zu weit führen. Das Prämienlohnsystem trat zuerst in Amerika auf, wo es in den industriellen Betrieben bald weite Verbreitung fand. Wenig später gelangte es auch in der englischen Industrie in Anwendung, und zwar vorzugsweise in der Metallindustrie. Die englischen Maschinenbauer bekämpften die Neuerung zunächst in sehr energischer Weise, ohne jedoch damit einen Erfolg zu erzielen, weshalb denn auch im Jahre 1902 auf einer in Carlisle abgehaltenen Konferenz des Verbandes der englischen Maschinenbauer ein die Zulassung der Prämienlohnzahlung regelnder Tarifvertrag Zustimmung fand. Damit waren die Feindseligkeiten dieses Gegenstandes wegen zwischen Arbeiter und Unternehmer endgültig eingestellt.

(Schluß folgt.)

## Von der Holzindustrie in Bayern.

Der Aufsicht der Gewerbeinspektion unterstanden in Bayern im Jahre 1908 insgesamt 11 889 (im Jahre 1905: 11 768) Betriebe der Holzindustrie, darunter 1671 (1628) mit mehr als 5 Gehilfen. In diesen Betrieben wurden zusammen 57 741 (57 586) Arbeiter beschäftigt. Von den Arbeitern waren 44 061 (44 688) männliche über und 6986 (6178) unter 16 Jahren; von den 6844 Arbeiterinnen waren 6008 (5888) über und 746 (842) unter 16 Jahren. Eine wesentliche Änderung in der Zahl der Arbeiter ist also nicht eingetreten. Auffällig ist aber immerhin der Rückgang der beschäftigten jugendlichen Arbeitskräfte.

Ist auch die Zahl der in der Holzindustrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter zurückgegangen, so wurde doch in einer ganzen Reihe von Fällen die geschwindige bzw. ungeeignete Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten festgestellt. Die Feststellung von Übertretungen des Kinderschutzes ist ja mit manchen Schwierigkeiten verknüpft. Nach den Ermittlungen der Schulbehörden ist die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder wesentlich zurückgegangen, ob dieser Rückgang aber auch tatsächlich so groß ist, wie es nach diesen Berichten scheint, darf bezweifelt werden, denn wiederholt begegnet man dem Hinweis, daß die Kinder von ihren Eltern, um diese vor Bestrafungen zu schützen, zu unwahren Angaben angehalten werden. Unter den festgestellten Verstößen gegen die Bestimmung des Kinderschutzes treffen eine ganze Anzahl auf die Holzindustrie.

Von sträflichem Verstand und übertriebener Profitgier zeugt es, wenn jugendliche Arbeiter an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt werden. Im Bezirk Mittelfranken wurde eine derartige Beschäftigung in zwei Schreinerzeilen beanstandet. Im Bezirk Schwaben erging ein gleiches Verbot in drei Fällen. Im Bezirk Niederbayern mußte ebenfalls in drei Holzwarenfabriken die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an Kreissägen und Hobelmaschinen sowie mit der Wartung der Lokomobile verboten werden. In einer Reihe von Fällen wurden jugendliche Arbeiter an den Maschinen verletzt. In München erlitt ein jugendlicher Arbeiter beim Schmireln der Lager einer im Gang befindlichen Kreissäge eine schwere Verletzung. Aus Oberbayern wird die Verletzung eines 12jährigen Knaben an der Hobelmaschine in einer Schreinerzei mit Motorenbetrieb gemeldet. Zwei tödliche Verletzungen jugendlicher Arbeiter kamen in Sägewerken Niederbayerns vor. Einem 16jährigen Lehrling bohrte sich ein von einem Kreissägeblatt weggeschleudertes kurzes Abfallholz tief in die Brust, und ein jugendlicher Sägehilfsarbeiter wurde von der Transmissionsion erfaßt und getötet. Von insgesamt 15 876 zur Kenntnis der Gewerbeaufsichtsbeamten gekommenen Unfälle kamen 1284 auf die Holzindustrie. Darunter sind 18 tödliche Unfälle, von welchen 11 erwachsene und 2 jugendliche männliche Arbeiter betroffen wurden. Schwer verletzt wurden 65 erwachsene und 5 jugendliche Arbeiter.

Die runde Messerwelle findet erfreulicherweise immer mehr Eingang. Der Beamte für Niederbayern berichtet, daß der anfängliche Widerstand gegen die Einführung, der hauptsächlich im Kostenpunkt lag, sich in verständiges Entgegenkommen verwandelt habe. Den wiederholten Klagen von Bestkern kombinierter Abriht- und Dichtenhobelmaschinen über ungenügenden Späneauswurf bei Verwendung der runden Sicherheitswelle gaben, wie der Münchener Beamte berichtet, dem Arbeitermuseum in München Veranlassung, eingehende Versuche anzustellen, deren Resultat die Bekanntmachung einer Reihe höchst einfacher Vorrichtungen zur Beförderung des Späneauswurfs an den genannten Maschinen war. Die Vorrichtungen bestehen in der Hauptsache aus einem Späneauswurfsschild beim Dichtenhobel und einem Kull- oder Gleitbrett beim Abrihten.

Das Fehlen der runden Messerwelle mußte ein Säger in Oberbayern-Land mit dem Verlust der Hand bezahlen. Er war so unglücklich in die Messerspalte einer Abrihtmaschine geraten, daß ihm die Hand abgenommen werden mußte. Wäre die Maschine mit der runden Welle ausgerüstet gewesen, dann hätte der Unfall so schwere Folgen nicht zeitigen können. Es ist zu begrüßen, daß auch energischere Maßnahmen ergriffen werden, um widerstrebende Unternehmer zur Einführung dieser notwendigen Schutzvorrichtung zu zwingen. Ein Unternehmer in München wurde mit 9 Mk., eventuell 3 Tagen Haft bestraft, weil er einen bezirksamtlichen Auftrag auf Einführung der runden Welle unbeachtet gelassen hatte. Auch ein Schreinermeister in Oberbayern-Land wurde wegen Nichtausführung angeordneter Schutzvorrichtungen mit 3 Mk. bestraft.



Nach ebenso wichtig wie die Schutzvorrichtungen an den Maschinen sind geeignete Staubabsaugvorrichtungen. Das können aber die Unternehmer vielfach noch nicht einsehen. Der Beamte für Schwaben berichtet, daß die Arbeitgeber in der Holzindustrie noch immer wenig Interesse für diese Einrichtung zeigen. Auch der Münchener Beamte sagt darüber, daß gerade gegen Auflagen zur Anbringung mechanischer Staubabsaugungsanlagen die meisten Einwendungen gemacht werden, so daß sich der Vollzug oft sehr in die Länge zieht. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß der Beamte für Unterfranken den Vorschlag einer kleineren Holzbearbeitungswerkstelle rühmend erwähnt, der aus eigenem Antrieb eine Staubabsaug- und Späneforttransportanlage eingerichtet hat. Das im allgemeinen schwach entwickelte Interesse der Unternehmer für den Arbeiterschutz läßt es begreiflich erscheinen, daß die Reinigung Wäsch- und Ankleideräume einzurichten, bei den Unternehmern der Holzindustrie nicht sehr groß ist. Eine große und gut ausgestattete Firma der Holzbranche in München fehlte einer entsprechenden Anordnung hartnäckigen Widerstand entgegen, bis sie durch eine Entscheidung der Regierung gezwungen wurde, die erforderlichen Räume einzurichten.

Als nachahmenswert dürfte die Einrichtung des Besitzers eines größeren Sägewerks in Niederbayern empfohlen werden, der 6 Arbeitern Unterricht im Anlegen von Holzverbänden erteilen ließ. Gerade in Sägewerken ist ja die Unfallgefahr besonders groß und sie wird noch erhöht durch die in vielen Fällen sehr lange Arbeitszeit in diesen Betrieben. Von den Gatterjägern in den forstmäßigen Sägewerken wird berichtet, daß sie Arbeitsschichten bis zu 16 und 18 Stunden haben. Im Bericht aus Niederbayern heißt es, daß die Arbeitszeit in Sägewerken vielfach 12 bis 14 und 15 Stunden und vereinzelt darüber währt; ähnliches wird auch aus Schwaben berichtet. Hier blüht unserem Verband noch ein reiches Arbeitsgebiet. Zu der langen täglichen Arbeitszeit kommt auch noch häufige Sonntagsarbeit, verursacht durch die unregelmäßige Wasserkraft, mit welcher die Werke vielfach betrieben werden. Einem Sägewerksbesitzer in Niederbayern wurde gestattet, an 30 Sonn- und Festtagen arbeiten zu lassen. In Oberbayern ist den Sägemühlen die Sonntagsarbeit, mit Ausnahme des ersten Tages der drei höchsten Feste, generell gestattet, doch wird, wie der Beamte berichtet, von dieser Berechtigung nur in seltenen Ausnahmefällen Gebrauch gemacht.

Im Berichtsjahr kamen auch wiederum einige Milzbrandfälle, darunter mehrere mit tödlichem Ausgang. Einer von diesen Fällen betraf einen Vorstanzrichter in einer Nürnberger Nusselabrik. Der Verstorbene hatte in den letzten Wochen präparierte französische Vorsten, die nicht desinfektionspflichtig sind, sowie chinesische Mohhaare und russische Vorsten verarbeitet, die nachweislich in der städtischen Desinfektionsanstalt desinfiziert worden waren. Obwohl bei der Sektion Milzbrand als Todesursache festgestellt wurde, konnte bei der bakteriologischen Untersuchung des am Arbeitsplatz vorgefundenen Materials zwar eine starke Verunreinigung durch verschiedene Bakterien, aber keine Milzbrandspuren nachgewiesen werden. Da im Vorjahr Milzbrandfälle auch bei Material vorgekommen waren, das in der städtischen Desinfektionsanstalt in Nürnberg vorzugsmäßig mittels stromenden Wasserdampfes desinfiziert worden war, wurde die Desinfektionsdauer versuchsweise auf 4 Stunden ausgedehnt. Infolge der Klagen, die über Schädigung des empfindlicheren Materials erhoben wurden, mußte die Desinfektionsdauer wieder auf 2 1/2 Stunden verkürzt werden. Vorgenommene Prüfungen haben ergeben, daß in dieser Zeit die Milzbrandsporen abgetötet wurden. Absolut sicher ist das jedoch keineswegs.

Um zu erkennen, wann der vorgeschriebene Ueberdruck von 0,15 Atmosphären, entsprechend 103 Grad Celsius, im Innern des Desinfektionsapparats eingetreten ist, werden sogenannte Kontaktschmelzkugeln verwendet, die mit einem Rautewert in Verbindung stehen. Diese Kugeln schmelzen aber schon bei 100 Grad. Zur Sicherheit werden nun auch Kontakthermometer verwendet, die auf 103 Grad eingestellt sind. Dabei hat sich ergeben, daß die Steigerung von 100 auf 103 Grad mindestens 7 Minuten erfordert. Das gilt aber nur für die frei oder lose liegenden Schmelzkugeln und Thermometer. Die in Vorstendenbündeln tief eingesteckten Gradmesser zeigen die Temperatur von 100 bzw. 103 Grad um so später, je größer und dichter die Bündel sind. Die Bündel sollten deshalb möglichst klein und lose gebunden sein.

Die große Gefahr, welche mit der Verarbeitung von Zellulose verbunden ist, wird recht scharf beleuchtet durch das Ergebnis einer Feuerlöschprobe, über welche der Beamte für Mittelfranken berichtet. Für den Neubau einer Zellulosewarenfabrik waren u. a. selbsttätige Feuerlöschrichtungen vorgeschrieben, und es wurden Grimmel-Sprenglerbrausen angewendet. Für die veranstaltete Schloßprobe wurden etwa 40 Kilogramm Zelluloseabfälle, teils offen, teils in Holzstößen und Pappschachteln, auf getrennten Tischen ausgebreitet und angezündet. „Das Feuer pflanzte sich mit rasender Geschwindigkeit fort. Nach schätzungsweise 15 Sekunden (bei 60 Grad Celsius) kam die erste Brause zur Wirkung, welche rasch die übrigen folgten. Die Wirkung des durch die Brausen bewirkten kräftigen Sprühregens war jedoch nur kurze Zeit zu beobachten, denn dichter Qualm zwang die Zuschauer auf der dem Feuer entgegengesetzten Seite des großen Raumes zu schleuniger Flucht. Später fanden sich nur mehr geringe Reste unterbrannten Zellulose.“ Das besagt also, daß die selbsttätigen Feuerlöschrichtungen durchaus keinen Schutz gewähren. Der Gewerbeinspektor zieht aus dieser Probe die Lehre, daß in den betreffenden Fabriken tündlich viele und sichere Ausgänge sowie genügende und von jedem Ort aus freigehaltene Verkehrswege dringend nötig erscheinen.

Sehr befriedigt spricht sich der Beamte für Oberfranken über die nach dort erteilten Aufträge zur Lieferung von Geschoßkörben für die bayerische, preussische und sächsische Heeresverwaltung aus. Hierbei hätten erwachsene Arbeiter einen Tagesverdienst bis zu 4 Mk. erreicht, also wesentlich mehr als sonst in dieser Hausindustrie erzielt wird. Dazu kam, daß die Beschäftigung einer großen Zahl Arbeiter in der Geschoßkorbfabrikation den übrigen Vorbmachern erhöhte Arbeitsgelegenheit brachte. Bekanntlich ist die oberfränkische Konkurrenz, durch welche der Arbeitslohn für die Geschoßkorbe stark herabgedrückt wurde, von den Vorbmachern im übrigen Deutschland sehr unangenehm empfunden worden. Aber trotz des Verdienstes, den diese Arbeiter den oberfränkischen Unternehmern brachte, mochten diese auf die beliebten Mittel, die Arbeiter um einen Teil des verdienten Lohnes zu pressen, nicht verzichten. Von einer Vorbwarenfabrik wird berichtet, daß sie die Formen für die Geschoßkörbe und die Arbeitskräfte den Arbeitern bei der Lohnzahlung mit 10—20 Pf. für die Woche in Anrechnung brachte. Sie wurde darüber belehrt, daß dieses Verfahren gegen eine Reihe von Gesetzen verstößt, nämlich gegen § 17 Abs. 2 der Gewerbeordnung, § 2 Abs. 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes und § 304 des bürgerlichen Gesetzbuches. In diesem Betrieb wurde das Verfahren alsdann aufgegeben. Daß die ungelieblichen Lohnabzüge in der oberfränkischen Korbindustrie nunmehr überhaupt beseitigt sind, ist natürlich damit nicht gesagt.

### Verbandstag des ungarländischen Holzarbeiterverbandes.

Unsere ungarische Bruderorganisation hielt ihren vierten Verbandstag am 20. und 21. August in Budapest ab. Neben dem Vorstand und der Redaktion des Verbandsorgans nahmen daran teil 125 Delegierte, welche 11 037 Mitglieder vertreten. Von den ausländischen Holzarbeiterorganisationen waren Vertreter entsandt aus Oesterreich, Kroatien, Serbien und Deutschland. Unsere Organisation hatte Kollegen G. Weder entsandt, welcher herzliche Grüße und Glückwünsche der deutschen Kollegen überbrachte. Der Verbandstag mußte abgehalten werden im Lokale der Fackelfraktion der Fischer. Ein enger Raum, der so beschränkt war, daß eine Anzeigengelegenheit gar nicht zu sprechen. Wenn man hierzu die Hitze des Augustmonats in den südlichen Ländern rechnet, kann man sich von der im Verhandlungsraum herrschenden Temperatur ein Bild machen. Unsere Kollegen in Budapest müssen aber mit derartig beschränkter Räumlichkeit fürlieb nehmen, weil ihnen andere nicht zur Verfügung stehen und, das möchte ich hier ansprechen, die Verhandlungen haben nicht darunter gelitten. Die Ausdauer in den Debatten, das Feuer, der Eifer, der entwickelt wurde, das einmal als richtig erkannt war auch bei den anderen Delegierten anerkannt zu sehen, war geradezu bewundernswürdig und die Gesamtverhandlungen zeigten das sprudelnde südlische Temperament in einem Umfang, der für den kalten Nordländer manchmal geradezu beängstigend war. Dabei wurde mir versichert, daß der diesmalige Verbandstag verglichen mit seinen Vorgängern, ein ruhiger gewesen sei. Trotz der Lebhaftigkeit und des Aufeinanderprallens der Geister waren die Verhandlungen von einem vorzüglichen Geiste getragen. Madere, brave, liebe Kollegen die Ungarn, aufopferungsfähig für die leidenden Kollegen, aber nichtachtend der Hindernisse, mit allem Feuer ihr Recht dem Unternehmer gegenüber verteidigend, wird es eine Eliteschar der internationalen Holzarbeiterbewegung sein, wenn die Disziplin, an der mit rastloser Eifer gearbeitet wird, noch mehr gepflegt ist. Zu den Verhandlungen ist im übrigen wenig zu sagen. Der gedruckt vorliegende Bericht des Verbandsvorstandes konstatiert mit Bedauern, daß die Organisation in der Berichtperiode, seit 1. Juli 1908, 3035 Mitglieder verloren hat, und zwar wurde dieser Rückgang veranlaßt durch die verheerende Krise, welche auch die ungarische Industrie in dieser Zeit durchmachen mußte. Diese spiegelt sich auch wider in den Summen, welche für Arbeitslosenunterstützung und Reisegeld in den letzten Jahren ausgezahlt wurden. Diese betrug 1906: 48 065 Mt., 1907: 98 300, 1908: 113 832 und 1909, wo die Konjunktur sich wieder gehoben, 53 820 Mt.

Es wird auch konstatiert, daß es seit 1909 mit der Organisation wieder erfreulich vorwärts geht und daß insbesondere in Budapest die letzten Wochen einen erheblichen Mitgliederzuwachs gebracht haben. Dort zählt der Verband gegenwärtig 6100 Mitglieder.

Das Vermögen des Verbandes beträgt gegenwärtig 18 000 Kronen. Der ungünstige Stand der Kaffe veranlaßte den Verbandstag, da eine Beitragserhöhung aus mancherlei Gründen unzulässig erschien, jede Minderung resp. Erhöhung der Unterstützung, mit Ausnahme der Reiseunterstützung, die von 1 Krone auf 1 Krone 50 Heller pro Tag erhöht wurde, abzulehnen. Für später wurde jedoch in Aussicht genommen der Einführung der Krankenunterstützung näher zu treten. Die nötigen Vorarbeiten soll der Verbandsvorstand erledigen und gegebenenfalls eine Abstimmung stattfinden. Zur Agitation sollen mehr Mittel aufgewendet werden.

Veranlaßt durch die gegenwärtig in Oesterreich sich abspielende Wühlerei der Tischeben, faßte der Verbandstag einstimmig einen Beschluß, der sich entschieden gegen jede separatistische und lokalistische Bewegung richtet, da hierdurch die Stützkräfte der Organisation erheblich geschwächt werde. Diese entschiedene Abgabe an den Separatismus ist um so erfreulicher, als auch in Ungarn die verschiedensten Nationen vertreten sind, die aber, was rühmend hervor-

### Von der Brüsseler Weltausstellung.

V.

Es ist im vorigen Artikel darauf hingewiesen worden, wieviel solcher Seelen und verlogene Klame sich auf einer Weltausstellung zusammendrängen. Es ist eben ein Schauspiel zu Ehren des Kapitalismus, das sich da abspielt; es soll erwiesen werden, wie herrlich weit wir es gebracht haben in der Färbigung der Naturkräfte, in der Entwicklung der Technik, in der Befriedigung und Verfeinerung der Bedürfnisse. Von der Rechten Seite der glänzenden Medaille sehen wir bei dieser Gelegenheit nichts; die Not, das leibliche und geistige Elend derjenigen, die an der Hervorbringung all dieser Herrlichkeiten mitgewirkt haben, wird übergangen. Es war deshalb ein Akt der Gerechtigkeit, den die Brüsseler Sozialdemokraten unternahmen, als ihre Vertreter im Gemeinderat den Antrag vorlegten, daß die Stadt Brüssel auf der Weltausstellung einen Teil des belgischen Arbeiterlebens, die Heimarbeit, in einem erschöpfenden Bild zu Darstellung bringen solle. Und zwar wollte man mit dieser Heimarbeit ausstellung über den Rahmen der früheren Weltausstellungen hinausgehen, als nicht nur Heimarbeitserzeugnisse und bildliche Darstellungen aus dem Heimarbeitersleben, sondern die Heimarbeiter selber bei ihren Verrichtungen, inmitten ihrer gesamten Häuslichkeit vorgeführt werden sollten. Mit finanzieller Unterstützung von Provinzen und Städten, unter Mithilfe zahlreicher Kräfte: Sozialdemokraten, Ärzte, Gemeindevorsteher, Arbeiterführer usw. ist das Werk zustande gekommen, das sich in einer ansehnlichen Ausdehnung am äußersten Ende des Weltausstellungsgeleises, hinter der deutschen Abteilung, erhebt. Im Hintergrunde eine hohe Halle, von deren Dach in leuchtenden Lettern die Worte: *Huisarbeid — Travail à domicile* den Blick des Ganges anknüpfen. Vor der Halle eine freundliche Hofenanlage, zu deren beiden Seiten eine Anzahl merkwürdiger Bauten. Klein, niedrig, düstert. Es sind

Häuser belgischer Heimarbeiter, wie sie aus verschiedenen Teilen des Landes, wo die Heimarbeit gepflegt wird, der Wirklichkeit getreu, mit ihren Größenverhältnissen, ihren Räumlichkeiten, ihrer Ausstattung, ihrer Luft- und Lichtlosigkeit hierher verpflanzt worden sind. Wir sehen da einen Keimweber aus Courtrai; eine Familie aus Vokeren, die sich mit der Zurichtung von Fellen zur Haarfilzbereitung beschäftigt; einen Nagelschmied aus Vohan; einen Seiler aus Hamme und einen Wäschmachter aus Lüttich. Ein Werkraum, ein Wohnraum, der aber auch als Küche und zu allerhand Nebenarbeiten und, wo nicht ein besonderes Schlafgeleise für die mehr oder minder zahlreiche Familie vorhanden ist, auch als Bettzimmer benutzt wird — das ist die Häuslichkeit der belgischen Heimarbeiter. Ueberall Mangel an Luft, Licht und Bewegungsmöglichkeit, nirgendwo ein Gehen, das über das Notdürftigste hinaus zu einigen Komfort Gelegenheiten gäbe. Auf allerengstem Raume vollzieht sich in den niederen, dunklen und mißluftigen Mauern das ganze zwischen Schlafen und Arbeiten geteilte Leben der Bewohner; hier wächst das junge Geschlecht auf, hier reift es zum Manne und zum Weibe und hier sieht es langsam dem Ende zu. Was die Ausstellungsbesucher, deren Fuß sich in den entlegenen Bezirk der Heimarbeit verirrt, dazu sagen? Man stelle sich vor der Schmiede des Nagelmachers auf, der dort am Feuer steht, wozu ihm ein Hund, der im Innern eines Kades läuft, das Gebläse in Bewegung setzt. Ein interessantes Schauspiel, dieser Nagelmacher und sein Hund; beide in ein dunkles Loch gebannt und zu lebenslänglicher, eintöniger Arbeit verurteilt. Aber hier unter fünf Besuchern wenden ihre Aufmerksamkeit nur dem Hunde zu und nehmen dann mit einem gefühlvollen Ausruf über das „arme Tier“ Abschied von der Gruppe. Die alte Geschichte! Ehe man an den Arbeiterschutz dachte, hatte man schon Tiergeschütze bereitet. Das Mitleid mit dem Tiere ist eben wohlfeiler!

Die Halle der Heimarbeit ausstellung enthält zunächst eine Anzahl von Heimwerkstätten, die unter der sich in halber Höhe hingehenden Galerie angebracht sind. Wir

sehen dort in Tätigkeit einen Marmorarbeiter, einen Schneider, zwei Schuster, einen Zigarrenarbeiter, einen Handschuhmacher und einen Karbonnagenarbeiter, weiter eine Wäschmachterin, mehrere Kleider- und Wäschnäherinnen, einige Spitzenklöpplerinnen und endlich auch zwei Küher, die buntes Stoffe herstellen. Manche der Werkstatt sind mit Bett und sonstigem Hausrat versehen, als Zeichen, daß der Arbeitsraum zugleich Wohn- und Schlafraum ist. Die Mitte der Halle, ebenso die Galerie nehmen Schaukästen mit Heimarbeitserzeugnissen ein; jedes einzelne Stück genau bezeichnet nach Herkunft, Lohn, Arbeits- und Lebensverhältnissen des Herstellers. Natürlich bewegen sich die Augen über Lohn und Arbeitszeit in weiten Grenzen. Es ist ein großer Abfall zwischen dem Lütticher Wäschmachter, der es bei 54 stündiger Wochenarbeit auf 36 Frank Lohn bringt, und der Wäschmachterin oder gar der Spitzenklöpplerin, deren Arbeitszeit nach oben und deren Lohn nach unten fast kaum eine Grenze kennt. Am allgemeinen aber ist in Belgien, das ohnehin schon als das Land der langen Arbeitszeit und der geringen Löhne bekannt ist, die Heimarbeit noch elender bezahlt als in Ländern mit besseren Arbeitsverhältnissen, ein Umstand, der um so schwerer ins Gewicht fällt, als in Belgien die Heimarbeit noch sehr stark — auf 700 000 Arbeiter kommen in Belgien 120 000 Heimarbeiter — 15 Proz. der Gesamtarbeiterschaft — verbreitet ist.

Es ist bezeichnend, daß gerade die Luxusgegenstände, insbesondere die berühmten Spitzen, die in der Heimarbeit hergestellt werden, hier am schlechtesten bezahlt werden. Wer von denen, die in den Auslagen der Brüsseler und Pariser Modefirmen in der großen Industriehalle die Wunderwerke von Spitzenknud bestaunen, mag den Weg gefunden haben zu dem verlorenen Winkel der Heimarbeit ausstellung und mag dort erkannt haben, wie tief und breit der Untergrund von Elend und Barbarei ist, auf dem sich unsere Kultur erhebt!



### Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Mühlern, Maschinisten und Hülfsarbeitern nach Auerbach** (G. Seidel), Bünde, Colmar i. Elz, Cunnersdorf (Sachsen), Cuxhaven, Delmenhorst (Wagenfabrik Lönjes), Guden, Eibenrod, Eisenberg (Stuttisler), Gutin, Feuerbach, Gießen (G. S. Müller), Glaucau (Albin Kreil, Zimmermeister), Grohn (Müller), Halle a. d. Saale (Vindner in Ammendorf), Hamburg (Steinwah u. Sons), Hanau, Kaiserlautern (Edel), Paffan in Pom., Lübben, Markgröningen in Württemberg, Obesloe (Harber), Radeberg, Reichenberg in Böhmen, Schwerin a. d. Warthe (Genossenschaftstischlerei), Saardücken, Segeberg, Soest, Spandau (Wehring u. Co.), Speyer, Stolp i. Pom., Uetersen, Vegesack (Müller, Moshage, Sievers, Corbes), Waiblingen, Weida (Dornbirn), Werne (Hellwig), Weinheim (Jäger u. Harms), Weiskensee (Genossenschaft), Willkau (Krebs), Wisbruff, Ziegenhals.
- Orgelbauern nach Coblenz** (Rheinische Pianofabrik), Hamburg (Steinwah u. Sons), Plegnitz.
- Wahlsticker nach Hamburg** (Kleinmeister), Hamburg a. S., Leipzig (Krause), Plegnitz (Leichert u. Sohn), Zürich (Wiedeslohr und Schneller).
- Werkzeugmacher nach Weimar** (Heber).
- Wagenbauern nach Pr.-Holland**, Striegau, Willkau (Krebs).
- Bergbauern und Holzkleinstenmachern aller Branchen nach Hamburg-Altona-Ottensen** (Rehrberg u. Co.).
- Rohbauern nach Berlin** (Stralauer Glashütte), Glückstadt (Kahlke), Herrischdorf, Köhlschensbroda, Nürnberg, Rheinfelden in der Schweiz.
- Drechsler nach Lübben**, Stolp in Pommern.
- Rappmachern nach Frankenhausen**.
- Rantennmachern nach Eisenberg**, S.-A., Kellinghusen.
- Stellmachern und Wagenbauern nach Bremen**, Delmenhorst, Halle a. S. (Vindner-Ammendorf).
- Werkstarbeitern nach Hamburg**, Bremen, Bremerhaven, Lübeck, Vegesack, Osterholz-Scharmbeck, Einswarden, Kiel, Stettin, Rostock, Plensburg, Grabow i. M. (Hingmann), Behren bei Miesä (Pöge).

Orten, welche die Fragen beantwortet haben, wurden 1783 Kollegen und 1611 Kolleginnen beschäftigt. Organisiert waren 1018 Kollegen und 814 Kolleginnen. Die durchschnittliche Arbeitszeit ergab 57 Stunden. Die Frage nach dem Arbeitsverdienst ergab im Durchschnitt 21,98 Mk. Die Frage, ob sich der Lohn seit 1906 gehoben hat, bejahten alle Sektionsleiter; die Erhöhung der Löhne betrug 4 bis 15 Proz. Ein Vergleich mit der Statistik von 1906 ergab bei den in Frage kommenden Zahlstellen, daß im heurigen Jahre 258 männliche und 407 weibliche Kollegen mehr gezählt wurden, die in unserer Industrie beschäftigt wurden. Die Arbeitszeit ist in den vier Jahren um 0,8 Stunden gesunken. 1906 wurde noch eine durchschnittliche Dauer von 57,8 Stunden festgestellt. Der Arbeitslohn stieg von 19,67 Mk. auf 21,98 Mk., das ist ein Mehr von 2,28 Mk. Selbstverständlich sind die Zahlen von 1906, wie schon bemerkt, nur für diejenigen Zahlstellen in Betracht gezogen, welche im heurigen Jahre den Bericht eingesandt haben.

Wenn wir resümierend die Berichte vergleichen, so finden wir, daß eine Zunahme von 24,4 Proz. der Beschäftigten zu verzeichnen ist. Leider steht die Organisationszugehörigkeit zu der Zahl der Beschäftigten in keinem Verhältnis; nur 64,2 Proz. gehören der Organisation an. Die durchschnittliche Arbeitszeit von 57 Stunden bedeutet einen Fortschritt, aber was will es heißen, wenn noch Arbeitszeiten bis zu 63 Stunden vorkommen. Das Gleiche gilt von den Löhnen. Hier finden wir, daß der Durchschnittslohn sich um 2,28 Mk. gehoben hat, aber das sieht in gar keinem Vergleich zur allgemeinen Teuerung.

Betriebe mit 60- bis 63stündiger Arbeitszeit und einem Durchschnittslohn von 19 Mk. und noch niedriger sind keine Seltenheiten. Da ist wohl die Gleichgültigkeit der Kollegen zu begreifen. Aber gerade das muß ein Ansporn für uns sein, in diese Kreise unserer Kollegen und Kolleginnen immer und immer wieder einzubringen und Aufklärung unter dieselben zu bringen.

Die Zentralkommission ist bemüht, soweit es in ihren Kräften steht, mitzuhelfen an der Besserung der Arbeitsbedingungen unserer Berufs Kollegen, jedoch bedarf sie hierzu der Mitwirkung und Unterstützung aller Kollegen. Gerade diese Situationsberichte dürften dazu beitragen, unsere indifferenten Arbeitsbrüder aufzuklären und ihnen den Nutzen des Holzarbeiterverbandes vor Augen zu führen. Da gilt es vor allen Dingen, unermüdet zu arbeiten, um die noch ziemlich große Zahl der unorganisierten Kollegen der Organisation zuzuführen; dazu muß ein jeder seine ganze Kraft einsetzen. Und wenn die Zentralkommission besser unterstützt wird, wenn ihre Zuschriften und Fragebogen gewissenhaft ausgefüllt und auch zurückgesandt werden, und nicht wie diesmal nur zu etwa 75 Proz., so werden wir auch mit mehr Arbeitsfreudigkeit und größerem Erfolge den Kollegen dienen können.

R. S u l t e r - Nürnberg.

### Soziales.

#### Schutz der nationalen Arbeit.

Die „Frankfurter Zeitung“ brachte kürzlich die ihr von besonderer Seite zugegangene Nachricht, daß der Reichslangler v. Bethmann Hollweg sich im vertrauten Kreise über seine Wahlparole geäußert habe, und zwar will er die nächste Reichstagswahlschlacht unter dem Kampfruf „Schutz der nationalen Arbeit“ schlagen. Die Nachricht des Frankfurter Blattes ist in der Presse vielfach auf Zweifel gestoßen, man hielt es nicht für möglich, daß der Reichslangler auf dieses abgegriffene Schlagwort zurückgreifen würde. Von anderer Seite wurde die Nachricht gerade deshalb für glaubhaft gehalten, weil sie anscheinend ungläublich klinge. Es hat auch nicht an Dementis gefehlt, die jedoch bei näherem Zusehen eher einer Bestätigung gleichen. Kurz, die Nachricht der „Frankfurter Zeitung“ hat Anlaß zu einer umfangreichen Prekpolemik gegeben.

Es liegt natürlich nicht in unserer Absicht, uns in diesen Streit einzumischen oder uns den Kopf über die Absichten des Herrn v. Bethmann Hollweg zu zerbrechen, doch dürfte es nicht unangebracht sein, darauf hinzuweisen, daß das Wort vom „Schutz der nationalen Arbeit“ in dem Sinne, wie es als Wahlparole Verwendung finden soll, eine böswärtige Lüge ist. Die Politik, die unter der Firma „Schutz der nationalen Arbeit“ gemacht wird, verfolgt das gerade Gegenteil von dem, was sie ankündigt. Sie will nicht etwa den deutschen Arbeiter schützen, sondern ihn, an Händen und Füßen gefesselt, seinen Ausbeutern zur Verfügung stellen. Unter dem „Schutz der nationalen Arbeit“ besteht man die Vereinerung der Nichtarbeiter, der Großindustriellen und besonders der Agrarier, denen durch die volksfeindliche Schutzpolitik die Taschen gefüllt werden auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Noch bis gegen Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren unsere Agrarier prinzipielle Freihändler. Im Jahre 1879 begann die neue Ära der Schutzpolitik, die von Bismarck inaugurirt wurde. Dieselben Leute, die noch vor wenigen Jahren die ernstesten Bedenken gegen die Einführung der anfangs ja noch recht niedrigen Zölle hatten, wurden bald die lautesten Schreier nach Zollerhöhungen. Allerdings war das Wort Getreidezölle recht unpopulär -- verwahrte sich doch sogar, als anfangs der 90er Jahre unter der Ära Caprivi die Getreidezölle ermäßigt wurden, der deutsche Kaiser dagegen, Zollwucherer zu treiben --, man suchte nach einer unverfänglichen Bezeichnung für die schlechte Sache und so kam das Wort vom „Schutz der nationalen Arbeit“ auf.

Die Interessenten der hohen Zölle waren bemüht, den Arbeitern klarzumachen, daß die Schutzzölle in ihrem Interesse lägen. Wenn den ausländischen Waren der Zugang zum Inlandsmarkt durch hohe Zollschranken erschwert wird, dann würde die Arbeitsgelegenheit und der Verdienst der deutschen Arbeiter steigen. Wir haben inzwischen ausreichend Gelegenheit gehabt, den Wert dieser Versprechungen

zu prüfen und wir haben den Eegen der deutschen Schutzpolitik in so ausreichendem Maße am eigenen Leibe zu spüren bekommen, daß wir mit Sehnsucht des Augenblicks harren, wo der „Schutz der nationalen Arbeit“ aufhört, seine Wirkung zu äußern.

Die Reichsregierung, die sich mit Haut und Haaren den Agrariern verschrieben hat, hat allerdings ein hohes Interesse daran, daß die hochschulpolitische Mehrheit des Reichstages, über die sie jetzt verfügt, nicht geschwächt werde. Wird doch der nächste Reichstag über die Erneuerung des Posttarifs und die Handelsverträge zu beschließen haben, die im Jahre 1917 ablaufen. Man hat in liberalen Kreisen eine Zeitlang von dem großen liberalen Blod bei den nächsten Reichstagswahlen geträumt, der die Liberalen aller Schattierungen, einschließlich der National-Liberalen, umfassen soll, und die jüngste Parteigruppierung im Reichstag schien diese Hoffnung zu rechtfertigen. Bei einer Wahl, die unter der Parole des Schutzes der nationalen Arbeit vor sich geht, bei der also die Frage zur Entscheidung steht, ob mit dem System des Hochschulgolles gebrochen werden soll, werden aber die Nationalliberalen zu ihrer alten Liebe, den konservativen Junkern, zurückkehren. In dieser Wetterfahnenpartei haben die rheinischen Großindustriellen vermöge der Wahlgelder, die sie zur Verfügung stellen, den entscheidenden Einfluß. Und da sie in ihrer inneren Ueberzeugung den Konservativen nahe verwandt und aus Profitinteressen begeisterte Anhänger des Schutzolles sind, wird sich die nationalliberale Partei mit Begeisterung nach rechts schlagen und der Blod der Ritter und der Pfaffen wird sie mit Freuden in die Arme schließen.

Der „Schutz der nationalen Arbeit“ ist also als Wahlparole gar nicht so dumm ausgedacht, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die Frage ist nur, ob die Wähler blöde genug sein werden, sich wieder über den Blod zu barbiezen zu lassen. Da deuten allerdings gar manche Anzeichen darauf hin, daß die durch die Schutzpolitik verursachten unerträglich hohen Lebensmittelpreise gar manchen fetterigen Anhänger der volksfeindlichen Parteien die Augen geöffnet haben. Besonders ist es die herrschende Fleischnot, die eine gar befehlende Sprache spricht. Die Fleischpreise haben eine bedrückende Höhe erreicht. Das Fleisch ist in vielen Arbeiterhaushaltungen zu einem unerreichbaren Luxusartikel geworden, aber die Regierung tut nichts, um der Not abzuhelfen.

Der Würgengel Cholera klopft vernehmlich an Tor. Aus Rußland, wo ihr die grauenhafte Miswirtschaft des zarischen Genseregiments eine so gute Stätte bereitet hat, ist die Krankheit weiter nach Westen gezogen. Mag es sich in Deutschland auch nur um Einzelfälle handeln und mag die Hoffnung begründet sein, daß es dank der in Anwendung gebrachten sanitären Maßnahmen gelinge, die Ausbreitung der Cholera in Deutschland zu verhüten, so hätte doch eine vernünftige Regierung das größte Interesse daran, gerade in der gegenwärtigen kritischen Zeit durch die Beschaffung billiger Nahrungsmittel das Volk körperlich widerstandsfähig zu erhalten.

Bei uns ist aber agrarisch Krampf, und wo der Profit der Agrarier in Frage kommt, haben alle anderen Rücksichten zu schweigen. Wenn das Fleisch teuer ist, dann füllen sich die Geldschranke der Junker, und deshalb muß alles vermieden werden, was ihnen diese günstige Konjunktur zu stören geeignet ist. Der preussische Landwirtschaftsminister hat ja in einem Erlass an die Landwirtschaftskammern diesen empfohlen, für eine verstärkte Viehhaltung besorgt zu sein. Das ist ein ganz böhner Mat, er hat nur den einen Fehler, daß er im Augenblick nichts nützt. Nun hat sich auch der württembergische Minister v. Wischel öffentlich über die herrschende Fleischnot geäußert und dabei gezeigt, daß er Order zu patieren versteht und stramm einschwenkt, wenn es von Berlin befohlen wird. Auf dem Landwirtschaftsaufste in Mergentheim hat er eine Lischrede gehalten, in welcher er verkündete, daß an Maßnahmen zur sofortigen Binderung der Not nicht zu denken ist. Von einer Aufhebung der Zölle auf Futtermittel verspricht sich Herr v. Wischel keinen Erfolg, eine Ansicht, die mit der anderer Sachverständiger in starkem Widerspruch steht, und ebenso wenig kann er sich für die Oeffnung der Grenzen erwärmen. Dafür spricht er seinem preussischen Kollegen den guten Mat nach, für eine vermehrte Viehhaltung besorgt zu sein. In den letzten Tagen hat auch der preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer eine Abordnung des Deutschen Fleischerverbandes empfangen und sie mit einem Kängeltrost entlassen. Der Minister war so freundlich, die bedeutliche Höhe der Viehpreise anzuerkennen, aber eine weitere Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr lebenden Viehs oder eine sonstige ernsthafte Maßnahme zur Abhilfe der bestehenden Not kommt für ihn zurzeit nicht in Frage.

Bei dieser Auffassung der maßgebenden Instanzen ist schwerlich daran zu denken, daß von der Regierung etwas unternommen wird, der herrschenden Not zu steuern. Im Gegenteil, statt Abhilfe zu schaffen, wird das hungerrnde Volk noch mit Eohn überschüttet. So empfiehlt die in Stuttgart erscheinende christlich-konservative „Reichspost“ den Württembergern statt des Fleisches „Spähle“ zu essen, die ebenso nahrhaft seien wie Fleisch und ein erhebliches Gesünder. Spähle sind eine in Württemberg sehr beliebte Mehlspeise, die übrigens nicht nach jedermanns Geschmack ist. Daß sie geeignet sind, die Fleischnot zu erlösen, ist aber eine Entdeckung, die sich der fromme schwäbische Christ in der „Reichspost“ patentieren lassen kann. Was sollen aber die Arbeiter in Norddeutschland machen, wo man Spähle nicht kennt und statt dessen Kartoffeln isst? Vielleicht findet sich noch ein christlicher Zollwucherer, der

gehoben wurde, freundschaftlich zusammenarbeiten und eine Beschäftigung der Organisation geradezu als Verhängnis ansehen würden, da die Arbeiter davon den größten Schaden, aber die Unternehmer den größten Nutzen haben würden. Hoffentlich verfehlt diese einmütige Verurteilung ihres Beginners ihre Wirkung bei den tschechischen Genossen nicht und bringt sie von ihrem unheilvollen Wege ab.

Am Anschluß an den Verbandstag fand der Kongreß der freien Organisation statt, der den Rechenschaftsbericht der Geschäftsleitung entgegennahm und diesen einmütig billigte. Der freien Organisation liegt befanntlich die Leitung und Unterstützung der Lohnbewegungen ob, welche vom Verbands wegen der gesetzlichen Bestimmungen nicht übernommen werden kann. Die Tagungen standen beide unter dem Eindruck der soeben günstig beendeten Lohnbewegung der Budapester Tischler und wir können uns nur dem anschließen, was unser ungarländisches Bruderorgan über die Tagungen sagt:

Dieselben bestätigten nur das, was wir ohnedies schon längst wußten, nämlich, daß die Holzarbeiter im ganzen Lande mit brüderlicher Einigkeit und Liebe am Ausbau und der Stärkung ihres Verbandes wirken und stets bestrebt sind, ihre Organisationen widerstandsfähig zu gestalten.

Das Resultat der zwei Verhandlungstage ist, daß jeder einzelne Teilnehmer die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die gebesserte Konjunktur der Entwicklung nur nützlich sein kann, daher die Agitation in Sachen der Heranziehung der noch unorganisierten Holzarbeiter als erste Aufgabe gilt."

### Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher.

Die im heurigen Jahre eingetretene Verbesserung der Konjunktur in unserem Berufe, veranlaßte die Kommission, an die Sektionsleiter keine Fragebogen herauszugeben, die nur an diejenigen Zahlstellen versandt wurden, in denen eigene Sektionen bestehen bzw. die Adressen der Sektionsleiter der Kommission bekannt waren. Es sollte sich bei dieser Arbeit nicht um eine eingehende statistische Aufstellung handeln, sondern es sollte nur den Kollegen die Möglichkeit gegeben werden, über die hauptsächlichsten Punkte, welche uns berühren, wie Lohn, Arbeitszeit und Organisationsverhältnis, kurzen Aufschluß zu geben. Zugleich wollten wir durch die Herausgabe von Formularen zu Situationsberichten, welche wir von Zeit zu Zeit versenden, eine etwas bessere Fühlung der Sektionen mit der Zentralkommission herstellen. Neben den genannten Fragen haben wir noch die gestellt, ob sich der Lohn seit 1906 gehoben hat und in welcher Höhe. In insgesamt 25 Sektionen wurden die Formulare gefaßt, beantwortet zurückgeschickt haben sie 19. In den



den Arbeiter weismacht, daß auch Kartoffeln sehr nahrhaft sind und das Fleisch ersetzen.

Und das nennt man bei uns den „Schutz der nationalen Arbeit“! Glänzende Profite für die Großindustriellen und besonders für die vielgeliebten Agrarier, für die Arbeiter aber Not und Elend, gewürzt durch den Spott der Satten.

Menschenfreundliche Aerzte. Dem Frankfurter Professor Ehrlich ist eine epochemachende Erfindung gelungen, er hat ein von den Forschern schon lange vergeblich gesuchtes Mittel zur Bekämpfung der Syphilis gefunden.

Das neue Heilmittel, welches schnell unter dem Namen Ehrlich's Gata 606 bekannt geworden ist, wird unter die Haut eingespritzt, und die Erfolge, die schon nach einmaliger Einspritzung erzielt wurden, sind wahrhaft wunderbar.

Kan sollte meinen, daß die Entdeckung dieses Heilmittels allgemein als ein Glück für die Menschheit gepriesen würde. Aber gewisse Aerzte, die durch das neue Heilmittel ihren Verdienst geschmälert sehen, denken darüber anders.

Der bisher gemohnt war, in den Ärzten die menschenfreundlichen Helfer in der Not zu sehen, dürfte durch diese Stimme sehr ernüchtert werden. Im Grunde genommen kann man es aber auch den Ärzten nicht sonderlich verdenken, wenn sie versuchen, einer ihre Existenz bedrohenden Gefahr vorzubeugen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Jahressatzung vom 1. Oktober wird hierdurch auftragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. Oktober 65 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung, Nummer 17 der 29. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Mit dem 1. Oktober d. J. treten die vom Verbandstag in München beschlossenen Statutenänderungen in Kraft. Die wichtigsten derselben, die für die Mitglieder von besonderem Interesse sind, geben wir hiermit bekannt:

- 1. Sechs aufeinanderfolgende Arbeitslosigkeit oder Krankheitstage, auch wenn sie sich auf zwei Wochen verteilen, gelten als eine beitragsfreie Woche.
2. Für den Sonntag oder einen hohen Feiertag kann die Reiseunterstützung schon am Tage zuvor ausgezahlt werden.
3. In Braunschweig, Danzig, Dortmund, Duisburg, Effen und Mannheim wird nunmehr auch eine Aufenthaltsunterstützung (1 M.) ausgezahlt.
4. Der Tag der Meldung gilt in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit, vor dem nächsten, auf die Entlassung folgenden Arbeitstage darf jedoch die Meldung nicht angenommen werden.
5. Die Arbeitslosenunterstützung ist am Schlusse jeder Woche persönlich abzuheben.
6. Für die Vorbereitung und die Führung von Lohnbesetzungen und Vertragsänderungen sind erhalten §§ 44-55 eine Reihe gänzlich neuer Bestimmungen, die von den Lokalverwaltungen im einzelnen zu beachten sind.

Das seitliche Streikreglement ist damit außer Kraft gesetzt.

Ein Streik darf fortan nur dann begonnen und fortgesetzt werden, wenn mindestens dreiviertel der für die Bewegung in Betracht kommenden Mitglieder dafür gestimmt haben.

Die Streikunterstützung in voller Höhe (12 M.) wird nunmehr erst nach 52 wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung gewährt (statt nach 26 Beitragswochen wie früher). Mitglieder, welche dem Verband weniger als 52 Wochen, mindestens jedoch 20 Wochen angehören, erhalten 9 M. pro Woche.

Table with 4 columns: Weeks, 9 M., 1 M., 15 M.
20 Wochen 9 M. sowie 1 M. pro Kind bis 15 M.
52 " 12 " " 1 " " " " 18 "
156 " 13 " " 1 " " " " 19 "
200 " 14 " " 1 " " " " 20 "

Für die zurzeit im Streik befindlichen Mitglieder ist die Erhöhung der Karenzzeit durch Beschluß des Vorstandes bis nach Beendigung des derzeitigen Kampfes ausgesetzt worden. Alle laufenden Streiks werden bis zu ihrer Beendigung nach den Vorschriften des alten Statuts weiter unterstellt.

Für die Gemahregeltenunterstützung, soweit die Entlassung des Mitglieds eine Folge seines Eintretens für vom Verband anerkannte Arbeitsbedingungen ist, gelten fortan die gleichen Karenzzeit und die gleichen Unterstützungsätze wie bei der Streikunterstützung.

Das Sterbegehalt muß innerhalb vier Wochen nach dem Todesfall erhoben werden.

Die Umzugsunterstützung wird nur dann gezahlt, wenn das Mitglied an dem neuen Wohnort nachweisbar Beschäftigung gefunden hat.

Während der Dauer des Ausschlusses ruhen die Rechte der betreffenden Mitglieder. Eventuelle Unterstützungen werden nachgezahlt, falls der Ausschluss abgelehnt wird.

Für die richtige (monatliche) Ablieferung der Gelder und der vierteljährlichen Berechnungen sind die Revisoren der Zahlstelle sowie jedes Mitglied der Lokalverwaltung der Hauptkasse gegenüber verantwortlich.

Verbandsmitglieder, welche zum Militär einrücken müssen, haben ihr Mitgliedsbuch zur Aufbewahrung an den Vorstandsmitglied einzuliefern. Die Beiträge müssen bis zum Abgang voll bezahlt und die Abmeldung zum Militär vom Zahlstellenleiter eingetragen und abgestempelt sein.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 445038 Wilhelm Grall, Tischler, geb. 24. 2. 90 zu Giechmehren.

- 461429 Paul Förster, Tischler, geb. 7. 6. 91 zu Kleinheringen.
472017 Paul Kaldemann, Tischler, geb. 20. 1. 91 zu Leipzig-Gohlis.
476004 Wilhelm Erbstößer, Tischler, geb. 22. 11. 85 zu Langensalza.
481790 Adolf Einfeld, Tischler, geb. 9. 11. 88 zu Sande.
489811 Peter Schmitz, Vergolder, geb. 4. 6. 83 zu Walberberg.
493448 Ernst Alf, Tischler, geb. 5. 5. 77 zu Ramsau.
512280 Johann Hering, Tischler, geb. 15. 9. 91 zu Gumnitz.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2. Der Vorstandsmitglied.

Korrespondenzen.

Berlin. (Von den Berliner Drechslern.) Die Agitation für die Branche betreibt eine Kommission, deren Mitgliederzahl zwischen 16-21 Kollegen variiert. Ihr Tätigkeitsgebiet erstreckt sich nicht nur auf Drechslereien, sondern auch auf die, in den letzten Jahren sich außerordentlich entwickelnde Treppengeländerbranche.

Anders lag es in einer ganzen Anzahl weiterer Betriebe. Hier haben sich die Kollegen nicht nur Abzüge schweigend gefallen lassen, sondern das, mit so vieler Mühe fast beiseitige Ueberstundenwesen, mit allen seinen schädlichen Erscheinungen, wurde wieder eingeführt. Sonst Fälle von Sonntagsarbeit waren zu verzeichnen. Traurig ist es, daß auch organisierte Kollegen sich an diesem Treiben beteiligten. Von Seiten der Kommission wurde alles aufgeboten, um die Kollegen, die der Branche durch ihre unvollständigen Verhältnisse großen Schaden zufügten, zur Vernunft zu bringen.

Dresden. (Vergolden und Mahnenmacher.) In der am 13. September abgehaltenen monatlichen Branchenversammlung hielt Genosse W. Niem einen Vortrag über das Thema: „Die Arbeitslosigkeit eine Gefahr für die Arbeiterklasse“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Dann wurde zur Abhaltung einer Branchenkonferenz Stellung genommen.



welche wir tagtäglich in der Reichsverbandspresse finden, und diese Jungen behaupten auch, daß Herr Kämpfer bald im Namen des Reichsverbandes landen wird. Kämpfer hat hier schon eine vielseitige Rolle gespielt. Gelegentlich unserer Tarifbewegung hatte er die Absicht, dem Gewerksverein das Lebenslicht auszulassen; nachdem ihn aber die Herren zum Vorsitzenden anzuordnen haben, betrachtet er es als seine Hauptaufgabe, auf unsere Organisation zu schimpfen. Es ist deshalb schon zu unlieblichen Auftritten gekommen. Für unsere Kollegen wäre es besser, derartige Leute mit Verachtung zu strafen. In dieser Versammlung wurde auch ein Mundschreiben des Hauptvorstandes der Hiesige zur Verlesung gebracht, in welchem der Vorsitzende des Gewerksvereins, Hr. Schumacher, die Ortsvereine des Mitteldeutschen Bezirkes zu einer lebhaften Agitation für die Gewinnung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter ermahnt. Zu diesem Mundschreiben ist auch davon die Rede, daß es in den letzten 8 Monaten mit der Mitgliederzahl des Gewerksvereins gewaltig vorwärts gegangen sei. Davon dürfte jedoch der hiesige Ortsverein wenig gemerkt haben, und doch die Mitglieder von 25 auf 8 zusammen geschmolzen, dank der Tätigkeit des Kämpfer. Einige Gewerksvereine sind auch zu unserem Verband übergetreten. Im Hauptquartier scheint man hiervon noch keine Kenntnis zu haben, oder fürchten die Leiter des hiesigen Gewerksvereins eine Moralpredigt wegen ihres Zusammenbruchs? Unsere Kollegen möchten wir aber ebenfalls ermahnen, recht fleißig zu agitieren, die Versammlungen zu besuchen und auch bei der herannahenden Winterzeit die Bibliothek recht fleißig zu benutzen. Die Ausgabe der Mäcker erfolgt jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Kaiser Friedrich“.

**Monsdorf.** Im letzten Jahre hat sich hier unter den Kollegen eine große Interessiertheit bemerkbar gemacht. Die Kollegen hatten es vielfach nicht für notwendig, in den Mitgliederversammlungen zu erscheinen. So rufige Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben wir aber in Monsdorf nicht, denn wir stehen doch gegenüber unseren Nachbarstädten noch weit zurück. Die Kollegen sollten deshalb regelmäßig die Versammlungen besuchen und tatkräftig mitarbeiten, damit wir auch für Monsdorf gute Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen. Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig jeden 1. und 3. Samstag eines jeden Monats, abends 8 1/2 Uhr, beim Wirt Wilhelm Hebestadt (Rheinischer Hof) statt. Die nächste Mitgliederversammlung findet also am 1. Oktober statt. Hoffentlich werden dann alle Kollegen erscheinen. — Am 8. Oktober, 8 1/2 Uhr abends, findet eine öffentliche Wandstuhlschreiner versammlung statt und müssen dann sämtliche Kollegen zur Stelle sein.

**Unsere Lohnbewegung.**

**Verbesserungen der Arbeitsbedingungen am 1. Oktober 1910.**

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 1. Oktober nachfolgende Änderungen der Arbeitsbedingungen in Kraft:

**Wolfsa:** Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 50 auf 58 Stunden verkürzt; auf die bestehenden Stundenlöhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pf.

**Werra und Vororte:** Die Löhne und Akkordpreise werden um 5 Proz. erhöht, und zwar auf der Grundlage des vom 14. Februar 1907 bis zum 12. Februar 1910 gültig gewesenen Vertrages.

**Beuthen, Gleiwitz, Rattowitz, Königshütte, Laurahütte, Myslowitz, Tarnowitz und Babrze:** Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt ab 1. Oktober 57 Stunden; alle Stunden- und Tagelöhne werden um 1 Pf. erhöht.

**Frankfurt a. M.:** Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 53 Stunden auf 52 Stunden herabgesetzt und die Stundenlöhne um 1 Pf. erhöht.

**Ludensweiler:** Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 56 Stunden auf 55 Stunden verkürzt; gleichzeitig erfolgt eine Lohnzulage von 3 Proz.

**Königsberg:** An Stelle der 57stündigen tritt die 58stündige wöchentliche Arbeitszeit, bei gleichzeitiger Erhöhung der Stundenlöhne um 1 Pf.

**Magdeburg:** Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 64 auf 53 Stunden festgesetzt; den hierdurch entstehenden Lohnausfall trägt der Arbeitgeber. Der Durchschnitts-Stundenlohn erhöht sich von 40 1/2 auf 50 1/2 Pf.

**Weissen:** Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht.

**München (Kartellleger):** Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 52 Stunden (früher 54 Stunden); die Löhne sämtlicher Arbeiter werden um 2 Pf. erhöht.

**Nordhausen:** Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 59 auf 58 Stunden verkürzt; auf die bisherigen Stundenlöhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pf.

**Reine:** Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 57 auf 56 Stunden verkürzt; der Lohnausfall wird vom Arbeitgeber vergütet.

**Rosen (Möbelschler):** Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht.

**Schwanauke:** Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 60 auf 59 Stunden verkürzt.

**Sorau:** Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht.

**Stettin:** Die wöchentliche Arbeitszeit von 58 Stunden wird auf 55 Stunden herabgesetzt und die Löhne um 1 Pf. erhöht.

Auf Grund der mit Einzelfirmen abgeschlossenen Verträge treten noch nachstehende Verbesserungen im Arbeitsverhältnis ein:

**Massel (Firma Nide):** 3 Stunden Verkürzung der Arbeitszeit und 5 Proz. Lohnzuschlag.

**Höchst (Firma Dörschler):** Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden mit Lohnausgleich.

**Pirna:** (Firma Ohmann, Henne u. Co. in Coyta): Auf die bestehenden Stundenlöhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pf.

Am 15. Oktober wird in Ellenburg die Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden verkürzt; auf die bisherigen Stunden- und Akkordlöhne erfolgt ein Zuschlag von 3 Proz.

**Der Kampf auf den Seeschiffswerften** nimmt seinen Fortgang, wesentliche Veränderungen im Stande der Dinge sind in der letzten Woche nicht vorgekommen. Von den Verhandlungen ist es recht stille geworden, dagegen scheint es, als ob nun der Gesamtverband der Metallindustriellen in den Kampf eingreifen wollte. Dieser hat zum 22. September eine Sitzung einberufen, die zu der Aussperrung der Werftarbeiter Stellung nehmen soll. Es ist nicht unmöglich, daß hier die Ausdehnung der Aussperrung über die gesamte Metallindustrie beschlossen wird. Bei der Durchführung einer solchen Maßnahme würde es zu einem Kampfe kommen, der den kürzlich beendeten Kampf im Baugewerbe an Umfang kaum nachstehen, ihn vielleicht sogar übertreffen würde. Ob aber damit erreicht wird, daß die Arbeiter zu Kreuze kriechen, ist eine andere Frage. In neuerer Zeit machen die Werftbesitzer stärkere Anstrengungen, um Streikbrecher heranzuziehen. Es muß deshalb streng darauf geachtet werden, daß der Zugang nach den Werftorten ferngehalten wird.

In **Auerbach i. Vogtl.** haben Verhandlungen stattgefunden, die zum Abschluß eines Vertrages geführt haben. Demnach wurde in der Hauptsache eine Arbeitszeitverkürzung von 62 auf 57 Wochenstunden und ein Lohnzuschlag von insgesamt 8 Pf. innerhalb der Vertragsdauer bis 1. April 1911 erreicht. Nur die Firma Ernst Seidel, G. m. b. H., Möbelfabrik, weigert sich hartnäckig, diesen Vertrag anzuerkennen. Die Kollegen in diesem Betrieb waren deshalb gezwungen, nach Ablauf der Kündigungsfrist in den Ausstand zu treten. Es ist uns bekannt geworden, daß in dem Betrieb von Ernst Seidel in Falkenstein i. B. Streikarbeit angefertigt wird. Wir bitten deshalb, den Zugang von Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach diesen zwei Betrieben streng fernzuhalten.

In **Burg bei Magdeburg** sind am 10. September die Kollegen in den Goldbleistiftfabriken von Waißenberg u. Co. und Verlag Nachf. ausständig geworden, während die in der Fabrik von Hochbaum die Kündigung eingereicht haben. Insgesamt kommen bei dieser Bewegung 115 Kollegen in Frage. Am 12. September war von den Kollegen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von 10 Stunden auf 9 Stunden täglich und Erhöhung der Löhne und Akkordpreise um 15 Proz. gestellt worden. Aber statt bis zum 17. September zu antworten, hatten die drei Firmen, die für gewöhnlich immer sehr viel Weg zwischen sich lassen, sich dahin geeinigt, mit dem Verband nicht zu unterhandeln, sondern wie bisher mit einzelnen, ihnen genehmen Arbeitern, und diesen 9stündigen Arbeitszeit und Ausgleich des Lohnausfalls für die im Lohn beschäftigten Arbeiter als das äußerste dessen anzubieten, was von ihnen zugestanden werden würde. Auf diesen Handel waren die Kollegen aber nicht gewillt einzugehen, und da die Firmen ihr Angebot auch unserer Verwaltung gegenüber als ihr unbedingt Unverzichtbares erklärten, blieb unseren Kollegen nichts übrig, als zum Streik zu greifen.

In **Colmar i. Elz.** befinden sich die Kollegen seit dem 6. September im Streik. Sie fordern die 9stündige tägliche Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 50 Pf., für Arbeiter bis zu 21 Jahren 45 Pf. Der Stand der Bewegung ist günstig; einige Firmen haben bereits recht erhebliche Zugeständnisse gemacht. Es wird gebeten, den Zugang streng fernzuhalten.

In **Cughaven** dauert der Streik der Bautischler unverändert fort. Die Arbeitgeber verhalten sich unseren Forderungen gegenüber nach wie vor strikte ablehnend und glauben mit Hilfe einer Anzahl Zimmerer und Kleinnestler aus der Umgegend, die sich zu Streikbrecherdiensten hergeben, ihre Arbeiten ohne unsere Kollegen fertig zu bekommen. Auf jeden Fall muß der Zugang nach hier streng ferngehalten werden.

In **Deutsch-Neudorf** stehen infolge fortgesetzter Abzüge an den Akkordpreisen die Arbeiter der Firma Rindner u. Meymann in Differenzen. Da die hiesigen Verhältnisse gerade keine rosigten sind, so liegt es im Interesse jedes Tischlers, Polierers und Maschinenarbeiters, unseren Ort streng zu meiden.

In **Duisburg** befinden sich die Kollegen in einer Lohnbewegung. Sie verlangen eine einheitliche Festsetzung der Arbeitszeit, die heute noch 57 bis 60 Stunden beträgt, auf 50 Stunden, eine Erhöhung der Löhne um 5 Pf., so daß der Durchschnittslohn 55 Pf., für Maschinenarbeiter 60 Pf. beträgt, und Zuschläge für Montagarbeit.

In **Emden** hat der Arbeitgeberverband die Aussperrung sämtlicher Mitglieder des Holzarbeiterverbandes beschlossen, weil sich unsere Kollegen eine Lohnreduktion von 1-5 Pf. nicht gefallen lassen wollten. Die Arbeitgeber haben uns im Frühjahr eine Lohnherhöhung von 7 Pf. in drei Jahren zugestanden. 3 Pf. sollen sofort auf den Lohn von 45 Pf. gezahlt werden, so daß der Tischlerlohn 48 Pf. beträgt. Da nun über die Hälfte aller Bautischler jetzt schon 48-53 Pf. verdienen, so muß nach der Meinung des Arbeitgeberverbandes dieser höhere Lohn auf 48 Pf. herabgesetzt werden. Daß die Aussperrung ein Schlag ins Wasser ist und der Arbeitgeberverband Rosen dabei nicht erkennt, ergibt sich schon daraus, daß die Zahl der Aussperrten, einschließlich der noch bei der Firma Wöber streikenden 3 Kollegen, im ganzen 23 beträgt. Die Absicht des Arbeitgeberverbandes wird an der Einigkeit und Geschlossenheit der hiesigen Kollegen scheitern.

In **Feuerbach** sind die Verhandlungen an dem Widerstand der Schreinermeister gescheitert. Unsere Kollegen sind deshalb am 17. September in den Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten.

In **Freiburg i. Sachsen** sind die Bau- und Möbelschler in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten, die Stellung der Unternehmer ist noch ungewiß. Wir bitten alle reisenden Kollegen, dies zu beachten.

In **Hamburg** sind die Differenzen der **K o r b m a c h e r** bei der Firma Heimann, Antonistraße, durch stattgehabte Verhandlungen erledigt und haben die Kollegen am 31. August geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen. Leider war es uns infolge Anknüpfung der Verhältnisse, unter denen wir nicht nur in Hamburg, sondern auch in der

ganzen Umgebung leiden, nicht möglich, die Abzüge ganz abzuwehren, sondern wir mußten uns eine teilweise Reduzierung gefallen lassen. Den auswärtigen Kollegen möchten wir in ihrem eigenen Interesse empfehlen, sich nicht nach den Fleischhauern Hamburgs gelüsten zu lassen, da, wie gesagt, die Konjunktur hier nicht günstig ist. Jedenfalls aber erwarten wir, daß die Kollegen sich erst nach unserem Arbeitsnachweis, Einschittes Nr. 12, bei Ueberhard, wenden und dort Erkundigung einziehen, da ohne Arbeitsnachweis hier kein Kollege in Arbeit treten kann und das Umschauen verboten ist.

In **Hannau a. M.** ist der Streik bis auf den Betrieb von W. Franz erledigt. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen bis zum 31. März 1911. Die Arbeitszeit wird vom 1. April 1911 von 59 1/2 auf 50 1/2 Stunden verkürzt, die Stundenlöhne während der Vertragsdauer um 7 Pfennige erhöht. Der ortsübliche Stundenlohn beträgt 45 Pf. und steigt auf 50 Pf. Auf die Akkordlöhne findet die Lohnherhöhung sinngemäße Anwendung. Bei Akkordarbeit ist der vereinbarte Stundenlohn garantiert. Außerdem wurden die Überstunden, wöchentliches Rahlgeld usw. geregelt. Der Betrieb von W. Franz bleibt gesperrt.

In **Ingolstadt** ist die Lohnbewegung der Schreiner beendet. Es wurde ein Vertrag mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen. Die hauptsächlichsten Errungenschaften sind neben der 58stündigen Arbeitszeit die Erhöhung der Löhne um 5 Pf., die Stunde, nach Umrechnung der bisher gezahlten Tage- in Stundenlöhne. Der bisherige Mindestlohn wird von 80 auf 40 Pf. die Stunde erhöht. Neben den sonst üblichen Verbesserungen ist auch die Garantie des Tagelohnes bei Akkordarbeit festgelegt. Der Vertrag dauert bis 17. Februar 1911.

In **Krefeld** wurde der Streik bei der Firma Gain (Mavierfabrik) nach siebenwöchiger Dauer beendet. Der Betriebsinhaber, Herr Lagace, welcher sich zuerst mit einem Vertragsabschluss und mit einem Akkordtarif nicht befreunden konnte, hat nunmehr beides zugestanden. Der vierjährige Vertrag bringt den Kollegen an Stelle der bis jetzt üblichen 57stündigen Arbeitszeit die 55 1/2stündige wöchentlich, und zwar sofort. An Lohnherhöhung wurden 5 bezw. 6 Pf. während der Vertragsdauer zugesagt. Für Überarbeit wurden pro Stunde 10 Pf. zugesagt. Die Lohnzahlungs- und Kündigungsfrist wurde entsprechend den Wünschen der Kollegen geregelt. Für die einzelnen Kategorien des Betriebes wurden Akkordtarife geschaffen, welche neben Akkordpreiserhöhungen vornehmlich die Gewähr bieten, Reduzierungen der Akkordsätze zu verhüten. Den Erfolg haben die Kollegen vornehmlich ihrer muster-gültigen Disziplin und dem Umstände zu verdanken, daß während des Kampfes auch nicht ein einziger Arbeitswilliger zu verzeichnen war. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

In **Königs** ist es, wie vorauszusehen war, im Verlauf der Lohnbewegung der Mavierarbeiter zum Streik auf der ganzen Linie gekommen. Die Unternehmer suchen natürlich die Schuld an dem Streik dem Verbands in die Schuhe zu schieben. An den Kollegen ist es nun, den aufgezwungenen Kampf auch manhaft durchzuführen.

In **Mittweida** ist die Lohnbewegung bei der Firma G. Kunz u. Co., Kontorutensilienfabrik, abgebrochen worden. Erreicht wurden 2 Pf. Lohnherhöhung; alle übrigen Forderungen blieben unerfüllt. Ist es uns auch diesmal nicht gelungen, in diesem Betrieb Wandel zu schaffen, so wird doch auch noch einmal die Zeit kommen, wo wir Herrn Kunze das Privileg nehmen werden, billigere Arbeitskräfte zu haben als die übrige Holzindustrie am Ort. Unsere Kollegen mögen sich aber aus der Bewegung merken, daß man nur dann etwas erreichen kann, wenn man die einmal eingereichten Forderungen entschieden vertritt. Da der größte Teil unserer Kollegen nicht wieder in dem Betrieb angefangen hat, werden von der Firma Arbeiter gesucht. Wir bitten die Kollegen, bevor sie dort in Arbeit treten, sich bei der Ortsverwaltung über die Verhältnisse zu erkundigen, denn in diesem Betrieb wird der hiesige, noch sehr geringe Normallohn von 38 Pf. noch nicht gezahlt.

In **Mühlhausen im Elz** sind die Schreiner und Maschinenarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen sind den Unternehmern zugestellt, und erwarten die Kollegen bis zum 17. September Bescheid. Zugang von Schreiner und Maschinenarbeitern ist streng fernzuhalten.

In **Oberstoc** haben sämtliche zehn beim Tischlermeister Harber beschäftigten Kollegen am 15. September die Arbeit eingestellt, weil sich Herr Harber beharrlich weigerte, an vier Kollegen den laut Vertrag ab 1. September zu gewährenden Zuschlag von 2 Pf. zu zahlen. Die Kollegen sahen sich zu diesem Schritt erst veranlaßt, nachdem es ihnen selbst wie auch dem Gauvorsteher nicht gelungen war, Herrn H. zur Annahme der vertraglichen Verpflichtungen zu veranlassen. Herr H. hatte lediglich die Ausrede: „Die Leute verdienen einen höheren Lohn nicht. Wenn sie für den bisherigen Lohn nicht arbeiten wollen, können sie gehen, dann stelle ich andere für denselben Lohn ein.“ Für diese Art „Vertragstreue“ hatten die Kollegen natürlich kein Verständnis. Die Werkstatt ist streng zu meiden.

In **Pirna** sind die Bau- und Möbelschler in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten und wurde bereits nach kurzen Verhandlungen mit den größten Firmen Gehalt und Fünf ein vierjähriger Vertrag abgeschlossen, welcher in der Vertragszeit eine Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden bringt sowie 6 Pf. Lohnherhöhung, bei Akkord Lohngarantie usw. Die Anerkennung dieses Vertrages in den Kleinbetrieben macht noch Schwierigkeiten; einige Kleinbetriebe haben denselben Vertrag anerkannt, während es in anderen Werkstätten zum Streik gekommen ist. Diefershalb bitten wir, vor Arbeitsaufnahme in Pirna erst die Lokalverwaltung zu befragen.

In **Saarbrücken** stehen die Schreiner und Maschinenarbeiter im Streik. Die Kleinmeister haben sich dem Bauarbeiterverband in die Arme geworfen. Dieser mußte uns zu, auf der Grundlage des Vertragsmusters für das Baugewerbe einen Vertrag mit 60stündiger Arbeitszeit abzuschließen. Bei der Verhandlung wollte man uns schließlich 58 Stunden zugestehen. Die hiesigen Kollegen sind der Meinung, daß in der Großstadt Saarbrücken die 9stündige Arbeitszeit durchgeführt werden muß. Auch



müssen die Löhne den Feuerungsverhältnissen entsprechend aufgehoben werden. Die Kollegen werden dringend ersucht, den Zugang fernzuhalten und keine Streikarbeit für Saabriden anzufertigen.

In St. Ludwig hat die über das Waugeschäft von Groß verhängte Sperre, nachdem sie 4 Wochen angehängt hat, die gewünschte Wirkung gehabt. Am 7. September fanden Verhandlungen statt, in welchen die Firma die gewerkschaftliche Organisation bedingungslos anerkannte. Die Arbeiter wählen einen Vertrauensmann, der berechtigt ist, jedergelt Beschwerden vorzutragen. Da die Firma die Forderungen schriftlich anerkannte, ist die Sperre über den Betrieb aufgehoben.

In Segeberg haben, wie vorausgesehen war, die Innungsmeister sich auf Verhandlungen nicht eingelassen; sie hielten es nicht einmal für nötig, das Schreiben des Bauvorstehers zu beantworten. Darauf haben unsere Kollegen am 11. September die Arbeit eingestellt und sind bis auf drei, welche zur Kontrolle benötigt werden, abgereist. Die Arbeitgeber suchen in allen möglichen Zeitungen, welche dem Verbands nicht angehören. Wir ermahnen die Kollegen, diesen Inseraten gebührende Aufmerksamkeit zu widmen und die Kollegen allerorts darauf hinzuweisen, daß in Segeberg die Tischler wegen Beseitigung des Koll- und Logiswesens im Streik stehen.

In Straßburg i. Elz. hat die Lohnbewegung der Möbelschreiner bis jetzt den Erfolg gezeitigt, daß in 27 Betrieben mit 205 Kollegen der neue Tarif anerkannt ist. Am 13. September legten die Arbeiter der Möbelschreiner Gebr. Seiler die Arbeit nieder; von sechs Arbeitern blieben aber zwei stehen. Ein Bauernbus, der frisch vom Lande herinkam und der erklärte, der Herr Farrer habe ihm diese Stelle verschafft, und da könne er nicht mitmachen, und ein christlich Organisierter, namens Holterbach, der im Nebenamt noch Kirchenschweizer ist. Er erklärte, daß er lieber aus dem christlichen Verbands austrete, statt zu streiken. Das ist der erste von den Straßburger Christlichen, der bei der Bewegung in Betracht kam, und der hat richtig gleich verlag. Nach zweitägigem Streik hat die Firma dann den Tarif anerkannt. Die Verhandlungen gehen weiter, da wir eine große Anzahl von Kleinmeistern haben.

In Wilkau haben die Kollegen bei der Firma Krebs, Stuhl- und Möbelfabrik, die Arbeit eingestellt. Auf die eingereichten Forderungen war zunächst keine Antwort erfolgt. Die dann auf Vorkstelligwerden der Kollegen gemachten Zugeständnisse waren so gering, daß sie nicht akzeptiert werden konnten. Als der Firmeninhaber erklärte, wer mit der Zulage nicht zufrieden sei, könne gehen, legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten.

In Wilsdruff, Malsberg und Cunnersdorf dauert der Streik der Reichmöbelschreiner nunmehr die vierte Woche. Eine Aenderung im Stand des Kampfes ist nicht eingetreten. Fremde Arbeitswillige oder Abtrünnige aus den eigenen Reihen sind in allen drei Zahlstellen nicht zu verzeichnen, dagegen sind bereits gegen 100 Kollegen abgereist oder anderweitig untergebracht. In Cunnersdorf hat der Fabrikant Wertschütz Anregung gegeben, daß in allgemeine Verhandlungen eingetreten werden sollte, ohne jedoch bisher die Zustimmung der Wilsdruffer Unternehmer zu finden, welche immer noch Verhandlungen ablehnen. Durch diese probenhafte Stellung der Unternehmer ist die Sympathie der Einwohnerschaft in allen drei Orten auf Seiten der Arbeitererschaft. Zugang ist streng fernzuhalten.

In Wulsdorf errangen die Korbmacher einen schönen Erfolg. Vor 14 Tagen wurden den Arbeitgebern Forderungen gestellt, die eine Erhöhung der für Anfertigung der Körbe bestehenden Vorkordpreise um 3 und 1 Pf. für Deckel verlangten. Desgleichen wurde neben einigen kleinen Forderungen ein Lohn von 50 Pf. pro Stunde bei Lohnarbeit gefordert. Während vier Arbeitgeber die Forderungen sofort bewilligten, traten die 24 in den Werkstätten von Gebrüder Luerjen, H. Lange, Matthes und Berenben in Wulsdorf und Müller in Schiffsdorf beschäftigten Kollegen in den Ausstand. Bei dem am 12. September stattgefundenen Verhandlungen erklärten sich auch diese vier Arbeitgeber bereit, die Forderungen anzuerkennen. Am 13. September ist nach dreitägigem Ausstand die Arbeit wieder aufgenommen worden. Diesen schönen Erfolg haben die Wulsdorfer Kollegen ihrer Einigkeit im Rahmen der Organisation zu verdanken. Es steht zu erhoffen, daß dies gegebene Beispiel bei den noch größtenteils unorganisierten Korbmachern in Bezhöbde, Donnern und Sellstedt Nachahmung findet.

In Ziegenhals i. Schleis. hat die Polizei beim gegenwärtigen Möbelschreinerstreik, der schon die sechste Woche dauert, wieder das Bedürfnis, sich als Streikbrecheragentur zu etablieren. Die österreichischen Kollegen werden auf das Polizeikommissariat geladen, wo ihnen eröffnet wird, daß sie ausgewiesen werden, wenn sie nicht bald in derselben Werkstätte wieder Arbeit nehmen, wo sie vor dem Streik gearbeitet haben. Aber trotz dieser Parteinahme der Polizei für die Unternehmer und trotzdem auch die Zentralspreize der hiesigen Gegend die Situation der Streikenden grau in grau zu schildern beliebt, sind unsere Kollegen guten Mutes und denken gar nicht daran, zu Krucze zu kriechen. Einsehend, daß auch in anderen Orten Brot gebaden wird, verlassen die Streikenden in immer größerer Zahl den Ort.

### Aus der Holzindustrie.

#### Gefängnis Konkurrenz in der Stodindustrie.

Die Beschäftigung der Insassen der Strafanstalten ist ein recht schwieriges Problem, welches eine alleseitig befriedigende Lösung bisher nicht gefunden hat. Die für die Gefängnisverwaltung einfachste, aber für die Allgemeinheit am wenigsten glückliche Form ist die Verdingung der Arbeitskraft der Gefangenen an Unternehmer, die hierfür einen bestimmten Betrag zahlen. An Anwärtern, die auf die Arbeitskraft der Gefangenen reflektieren, ist kein Mangel. Bei dem geringen Preis, der für diese Arbeitskraft gezahlt wird, ist die Gefangenenbeschäftigung recht lukrativ. Sie erregt jedoch mit Recht die Entrüstung der Unternehmer, die mit freien Arbeitern arbeiten und des-

halb gegen die Konkurrenz ihres Berufsgenossen, der sich auf die billige Gefängnisarbeit stützt, nicht aufkommen können. Aber auch die Arbeiter sind an der Bekämpfung der Gefängnis Konkurrenz in hohem Maße interessiert. Sind doch die billigen Preise, für die die Arbeiten im Gefängnis hergestellt werden, ein ständiger Anreiz für die Unternehmer, die Löhne der freien Arbeiter zu drücken.

Von den zur Holzindustrie zählenden Verufen sind es besonders die Mülleisen- und die Korbmacherei, die schwer unter der Gefängnis Konkurrenz zu leiden haben. Es sind zwar wiederholt Ministerialerlasse ergangen, die die Beschäftigung von Gefangenen mit solchen Arbeiten verbieten oder wenigstens einschränken sollen; eine besondere Wirkung aber haben sie nicht erzielt, wie die ständig wiederkehrenden Klagen aus den betreffenden Verufen, so auch wieder auf dem jüngst abgehaltenen Korbmachertag beweisen. Um der der freien Arbeit durch die Gefängnisse gemachten Konkurrenz zu steuern, hat der Bundesrat schon im Jahre 1897 Grundzüge aufgestellt, denen die entsprechenden Regulative der einzelnen Bundesstaaten angepaßt wurden. In diesen Grundzügen heißt es u. a.:

„Die Verwertung der Arbeitskraft der Gefangenen wird so geregelt, daß die Interessen des Privatgewerbes die möglichste Schonung erfahren. . . Insbesondere wird darauf Bedacht genommen, die Verdingung der Arbeitskraft der Gefangenen an Arbeitgeber tunlichst einzuschränken, den Arbeitsbetrieb auf zahlreiche Geschäftszweige zu verteilen und auf Lieferungen für die Staatsverwaltung zu erstrecken, unter allen Umständen aber eine Unterbietung der freien Arbeit zu vermeiden.“

Es scheint jedoch, daß es mit diesen Grundzügen ebenso geht, wie mit vielen anderen Verordnungen und Vorschriften, daß sie nämlich nur auf dem Papier stehen. Wenigstens lassen die Erfahrungen der Berliner Stodarbeiter darauf schließen.

Die Berliner Stodindustrie beschäftigt zirka 700 Arbeiter. Mit den Unternehmern ist im Jahre 1906 ein Vertrag abgeschlossen und seither wiederholt verlängert worden, der die Arbeitsbedingungen regelt und die Vorkordpreise festlegt. Dieser Vertrag ist auch von der Firma Pfohl anerkannt worden. Anscheinend waren aber dieser Firma die Vertragspreise zu hoch, denn sie hat in Eberswalde eine Zweigfabrik eingerichtet, wo sie bedeutend niedrigere Löhne zahlt. Der Preisunterschied zwischen den Löhnen in Berlin und Eberswalde beträgt bei einzelnen Positionen bis zu 50 Proz. Durch diese Einrichtung ist natürlich die Firma Pfohl in der Lage, den übrigen Stodfabrikanten in Berlin eine scharfe Konkurrenz zu bereiten, unter welcher diese empfindlich leiden.

Aber nicht genug damit, ist die Firma Pfohl nun noch dazu übergegangen, in der Strafanstalt in Eberswalde Arbeiten herstellen zu lassen. Sie hat damit begonnen, in der Strafanstalt Schiffe scheitern zu lassen, wofür sie pro Duhend 8 Pf. zahlt, während der tarifliche Lohn für diese Arbeit in Berlin 10—12 Pf. beträgt. Es ist anzunehmen, daß die Firma bemüht sein wird, den für sie so profitlichen Gefängnisbetrieb noch weiter ausdehnen. Das bedeutet aber eine ernste Gefahr für die gesamte Stodindustrie. Dieser Berufszweig umfaßt in ganz Deutschland zirka 8000 Arbeitskräfte. Bei dieser verhältnismäßig geringen Zahl vermag ein Gefängnisbetrieb, in nennenswertem Umfang ausgeübt, der freien Arbeit eine sehr empfindliche Konkurrenz zu bereiten. Nach der dem Reichstag zugewandenen Denkschrift über die Beschäftigung der Gefangenen usw. waren am 1. Dezember 1905 im ganzen Reich mit der Fabrikation von gedrehten Horn-, Holz- und Eisenbeinwaren, Kämmen, Schirmen und Stöcken, Griffen usw. insgesamt 87 Gefangene beschäftigt. Wie groß die Zahl der in dieser Gruppe enthaltenen Stodarbeiter war, ist leider nicht angegeben. Durch die Einrichtung der Stodarbeiterwerkstatt in der Eberswalder Strafanstalt wird aber zweifellos die Zahl der mit der Herstellung von Stöcken beschäftigten Arbeiter beträchtlich gesteigert.

Um der aus dieser Konkurrenz der gesamten Stodindustrie drohenden Gefahr zu steuern, hat unser Verband vorstand die nachstehende Petition an den preussischen Justizminister gesandt:

„Die Unterzeichneten erlauben sich, den Herrn Justizminister auf folgendes aufmerksam zu machen und um Abhilfe zu bitten:

Die Stodfabrik von Pfohl, Berlin, Kottbuser Ufer Nr. 35, unterhält in Eberswalde eine Zweigfabrik und bereitet namentlich den Berliner Stodgeschäften eine recht schwere Konkurrenz durch die Beschäftigung von Gefangenen der Eberswalder Strafanstalt. Ein Gefangener erhält natürlich nur eine recht geringe Bezahlung und die Gefängnisverwaltung kann der auftraggebenden Firma die Gefangenenarbeit zu weit geringeren Sätzen überlassen, als sonst an freie Arbeiter gezahlt werden, die bei den zurzeit recht teuren Lebensmittelpreisen Frau und Kinder ernähren müssen.

Die Ueberlassung von Gefangenenarbeit an die Firma Pfohl bildet somit eine ganz erhebliche Gefahr nicht nur für die zahlreichen in der Stodindustrie beschäftigten Arbeiter, sondern auch für die Fabrikanten, welche nicht die gleiche Vergünstigung zu genießen in der Lage sind. Insbesondere trifft das auf die Berliner Stodindustrie zu, in der die Arbeitsbedingungen im Interesse aller Beteiligten sowohl als auch im öffentlichen Interesse durch einen Tarifvertrag geregelt sind.

Die Beschäftigung von Gefangenen durch die Firma Pfohl dürfte aber auch nicht in Einklang zu bringen sein mit den vom Bundesrat festgestellten Grundzügen für den Wollzug gerichtlich erkannter Freiheitsstrafen, die in ihrem § 22 vorsehen, daß „unter allen Umständen aber eine Unterbietung der freien Arbeit zu vermeiden“ ist.

Eure Erzellenz bitten wir deshalb recht dringend, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, diese ungesunde Konkurrenz zu verhindern und die Welterbeschäftigung von Gefangenen für die Firma Pfohl zu verbieten.

Die Legitimation, Ihnen diese Bitte unterbreiten zu dürfen, leiten wir aus dem Umstande her, daß der Deutsche Holzarbeiterverband die einzige Berufsinteressenvertretung der in der deutschen Stodindustrie Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Von 8000 in der deutschen Stodindustrie Beschäftigten gehören 2400 unserer Organisation an.“

Ob diese Petition den gewünschten Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Zu wünschen wäre jedoch, daß der Firma Pfohl die Arbeitskräfte im Gefängnis recht bald entzogen werden. Das liegt nicht nur im Interesse der Stodarbeiter, in deren Namen sich der Verbandsvorstand an den Justizminister gewandt hat, sondern auch im Interesse der gesamten Stodindustrie. Wenn hier nicht in Kürze Remedur geschafft wird, muß befürchtet werden, daß auch andere Stodfabriken dem von der Firma Pfohl gegebenen Beispiel folgen und ihre Betriebe ins Gefängnis verlegen. Daß dadurch die in der Industrie abgeschlossenen Verträge, und darüber hinaus, die ganze Existenz der Stodarbeiter auf das ernsteste gefährdet ist, liegt klar auf der Hand. Man darf daher auf die Antwort des Justizministers gespannt sein.

Die Mitgliederzahl des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat im zweiten Quartal eine erfreuliche Zunahme erfahren. Der Verband zählte am 1. Juli dieses Jahres 152 302 männliche, 4189 weibliche und 247 jugendliche, insgesamt also 156 738 Mitglieder. Gegenüber dem ersten Quartal, in welchem 151 998 Mitglieder gezählt wurden, bedeutet das eine Zunahme um 4740. An dem Zuwachs sind beteiligt: die männlichen Mitglieder mit 4019, die weiblichen mit 659 und die jugendlichen mit 62.

So erfreulich dieser Zuwachs an Mitgliedern ist, so muß er doch erst recht ein Anreiz sein, unsere Werbearbeit in verstärktem Maße fortzusetzen. Unser Agitationsgebiet ist noch ungeheuer groß, deshalb sollte jeder einzelne die Herbstmonate ausnützen, um durch vermehrte Anstrengung sein Möglichstes zur weiteren Steigerung unserer Mitgliederzahl beizutragen. Je größer unsere Mitgliederzahl, desto größer der Einfluß unseres Verbandes und desto größer die Erfolge, die wir erzielen. Das Bewußtsein, daß es vorwärts geht mit unserem Verband, darf uns nicht in Ruhe wegen, sondern muß im Gegenteil ein Ansporn sein, den Vormarsch zu beschleunigen. Unser nächstes Ziel ist, das zweite Hunderttausend Mitglieder voll zu machen. Wer hilft mit, dieses Ziel zu erreichen?

Mohrenwäsche. Der Hirsch-Dunderschen „Eiche“ ist die undankbare Aufgabe zugefallen, den Streikbruch der Hirsche in der Pianofortefabrik Steinway u. Sons in Hamburg zu verteidigen. Sie unterzieht sich dieser Aufgabe mit einem anerkennenswerten Eifer, und wenn die Quantität der geleisteten Arbeit maßgebend wäre, dann müßten die streikbrecherischen Hirsche in Hamburg wahre Engel sein. Hat doch die „Eiche“ in ihrer Nr. 87 mehr als den vierten Teil ihres losbaren Raumes auf das Weißwaschen ihrer Hamburger Streikbrecher verwendet. Da ihr bei ihrem löblichen Tun der Spiritus ausgegangen ist, hat sie dieselben Geschichten gleich zweimal erzählt. Allerdings mit kleinen Abweichungen. So wird z. B. in der redaktionellen Arbeit erzählt, die „Holzarbeiter-Zeitung“ hätte in ihrer Nummer 87 gesagt, die bei Steinway u. Sons Beschäftigten seien vom „Fabrikantenschuh“ als Arbeitswillige bezeichnet worden. Das Wort „Fabrikantenschuh“ steht die „Eiche“ gesperrt und in Anführungszeichen und macht auch noch einige einfüllige Stellen dazu, obwohl dieses Wort in dem Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ in dem Zusammenhang gar nicht erwähnt ist. In der Korrespondenz aus Hamburg in der gleichen Nummer der „Eiche“ wird dann aber richtig zitiert, daß auf Grund der Entscheidung der Schlichtungskommission die gegenwärtig im Betriebe beschäftigten Holzarbeiter als Arbeitswillige zu betrachten seien.

Diese Unstimmigkeit sei nur nebenbei erwähnt. Auf die Mohrenwäsche der „Eiche“ näher eingegangen, hat keinen Zweck. Wir haben den Sachverhalt wiederholt geschildert, und unter den anständigen Arbeitern besteht über die Qualität der Hirsche und ihres Hamburger Generalstabes kein Zweifel. Der Matel des Streikbruches waschen auch die Ströme von Tinte und Druckerschwärze nicht ab, welche die Hirsche deswegen ergießen.

Es ist übrigens bei den Hirschen nichts Neues, sondern nur ein Rückfall in alte Sünden, wenn sie die Betätigung als Streikbrecherorganisation mit verstärktem Eifer betreiben. Bei der großen Ausperrung im Jahre 1907 insbesondere haben sie Proben ganz hervorragender Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiete geliefert. Ihre bedeutendste Leistung war die unter der freundlichen Assistentz der Unternehmer erfolgte Gründung eines Ortsvereins in Rübend, der sich aus den damals dort beschäftigten Streikbrechern rekrutierte. Die Hirsche wollen eben mit Gewalt ihre Mitgliederziffer erhöhen, und da sich anständige Arbeiter von ihrem Tun angewidert fühlen, lenken sie ihre Aufmerksamkeit auf die unfauberen Elemente, denen der Streikbruch keine Gewissensstrupel verursacht. Die Funktionäre der Hirsche schicken Briefe ins Land hinaus, um Arbeitswillige für die Firma Steinway u. Sons zu werben. Es dürfen auch Unorganisierte sein; wenn sie sich erst hier als Streikbrecher betätigen, werden sie bald erkennen, daß der Hirsch-Dundersche Gewerksverein die für sie geeignetste Organisation ist. Es ist möglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, daß der Gewerksverein auf diese Weise einen Mitgliedererfolg erzielt. Sicher aber ist es, daß dies der beste Weg für ihn ist, auch den letzten Rest von Ansehen zu verlieren, dessen er sich vielleicht noch erfreute.

In der „Bildhauer-Zeitung“ äußert Kollege Dupont, der Vorsitzende des Bildhauerverbandes, seine Unzufriedenheit mit der Wiedergabe einer von ihm auf dem Internationalen Holzarbeiterkongress



haltenen Neben in dem Bericht des „Vorwärts“. Da die betreffende Rede (es handelt sich um diejenige, mit welcher die Diskussion des Geschäftsberichtes eingeleitet wurde) im gleichen Wortlaut auch in unserem Bericht enthalten ist, sehen wir uns genötigt, von der Berichtigung Nichts zu nehmen. Vollege Dupont gibt den vollen Wortlaut der von ihm gehaltenen Rede wieder; daraus ergibt sich, daß es sich um und für sich um einen ziemlich unbedeutenden Vortrag handelt, der nur für den Neben, als dem Vorsitzenden des Bildhauerverbandes, von einiger Wichtigkeit ist. In unserem Bericht heißt es: „Neben ist ein Freund des Zusammenschlusses zu Industrieverbänden.“ Tatsächlich hat aber Dupont gesagt: „Auch in dem von mir vertretenen Verbande ist ein beträchtlicher Teil Mitglieder für Anschluß an einen Industrieverband.“

Wir brauchen wohl kaum zu betonen, daß uns bei der Wiedergabe der betreffenden Rede keinerlei Nebenabsicht leitete. Unsere Stellung zu der Frage der Verschmelzung des Bildhauerverbandes mit unserer Organisation ist unverändert die, daß darüber der Bildhauerverband allein und unbeeinflusst zu entscheiden hat. Entschieden er sich zum Uebertritt in den Holzarbeiterverband, dann soll er uns willkommen sein. Solange er aber seine Selbständigkeit bewahrt, darf das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Organisationen, das von jeher bestand und auch noch besteht, in keiner Weise getrübt werden.

Der schweizerische Schirmmachersverband ist dem deutschen Beispiel gefolgt und hat seinen Anschluß an den schweizerischen Holzarbeiterverband beschlossen, der zum 1. Januar 1911 vollzogen werden soll. Es darf erwartet werden, daß die schweizerischen Schirmmacher dabei ebenso gute Erfahrungen machen als ihre deutschen Kollegen, die vor kurzem bereits einen ersten Erfolg (in Wald) errichten konnten.

Vom Vorstand des schweizerischen Schirmmachersverbandes werden wir noch ersucht, mitzuteilen, daß der Verband einen eigenen Arbeitsnachweis unterhält, der von den Kollegen Hh. Koch in Basel, Nömelingsplatz 4, und Louis Fuchs in Zürich III, Wabener Straße 266, verwaltet wird. Die Engagements nach der Schweiz anzunehmen wollen, sollten dort zuvor Nachrichten einholen. Zurzeit ist der Zugang nach der Stadt Zug gesperrt.

Die Rheinisch-westfälische Holzindustrie, die bekannte Arbeiterproduktionsgenossenschaft in Wanne, erzielte in dem am 1. Juli abgeschlossenen 4. Geschäftsjahr einen Umsatz von 173.000 Mk. Der Löwenanteil entfiel mit 146.000 Mk. auf Bestellungen der Konsumvereine, der Rest auf Gewerkschaftsbüros, Arbeiterzeitschriften und Werkstätten. Die Genossenschaft produziert vornehmlich Läden- und Kontorzeitschriften, daneben auch sonstige Tischlerarbeiten. Der Betrieb beschäftigt jetzt 62 Personen.

Hannoversche Waggonfabriken Akt.-Ges. Eine außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 800.000 Mk. Die neuen Aktien sollen vom 1. Oktober ab dividendenberechtigt sein und von einem Konfortium zum Kurse von 120 Proz. übernommen werden mit der Verpflichtung, sie den Aktionären zu 127 Proz. anzubieten. Die Verwaltung erklärt die Aussichten für gut, es sei wahrscheinlich wieder mit einer Dividende von 10 Proz. zu rechnen.

### Gewerkschaftliches.

Eine christliche Messergewerkschaft. Mit dem Stichwort: 13.000 Mitglieder, 70.000 Mk. Schulden, schied ein ehemaliger Angestellter des christlichen Hilfs-, Transport- und Gemeindefördererverbandes (Sitz Aschaffenburg), Joh. Wolf in Hamburg, eine Broschüre in die Welt, die über ein heilloses Mißgeschick in dieser Gewerkschaft berichtet. Bekanntlich wird, daß bei 13.000 Mitgliedern im Jahre 1909 allein 145.000 Mk. für Verwaltungskosten, aber nur 124.000 Mk. für Unterhaltungen, 1908 sogar 170.000 Mk. für Verwaltung und nur 50.000 Mk. für Unterhaltungen verausgabt worden seien und soll der Verband infolgedessen jetzt mit 70.000 Mk. Schulden belastet sein. Wolf erhebt gegen den Vorsitzenden des Verbandes, Oswald, der als Zentrumsabgeordneter dem bayerischen Landtag angehört, den schweren Vorwurf, daß er in den Abrechnungen die Bilanz um 10.000 Mk. günstiger dargestellt habe, als sie wirklich ist, und daß selbst die im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften veröffentlichten Zahlen des Verbandes falsch sind.

Die gegen seine Zeitung erhobenen Vorwürfe erschienen uns so ungeschwehlich, daß wir sie ohne weiteres nicht glauben mochten. Nun hat aber inzwischen Oswald in einem bayerischen Zentrumsblatt und auch im Verbandsorgan „Gewerkschaftsstimme“ auf einige neben-sächlichere Punkte entgegnet, aber an den schwersten Vorwürfen vorbeigeredet, das gibt doch zu denken; dazu kommt, daß selbst der christliche „Holzarbeiter“ trotz seiner Verteidigung des angegriffenen Verbandes angeben muß, daß dieser „in seiner Zusammenfassung für viele christliche Gewerkschaftler nicht das Ideal einer Organisation darstellt“. Wolf behauptet, schon während seiner Beamtenzeit auf die Mißstände in der Organisation aufmerksam gemacht zu haben, jedoch ohne Erfolg. Will der angegriffene Verband die Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen, wird er ja eine Klarstellung der Sache vornehmen müssen, auf deren Ausgang man gespannt sein kann.

Der Verband der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielt vom 11. bis 16. September seinen Verbandstag in Bremen ab. Dieser Verband und derjenige der Handlungsgesellen sind die einzigen freien Gewerkschaften, in denen die weiblichen Mitglieder an Zahl überwiegen. Am Jahresabschluss 1909 zählte er neben 6377 männlichen 8348 weibliche Mitglieder. Auf dem Verbandstage waren von den 51 Delegierten 7 weibliche. Einen großen Platz in den Verhandlungen nahm die Beitragsfrage ein. Eine Erhöhung der in fünf Staffeln eingeteilten Beiträge um 5 und 10 Pf. soll in der Hauptsache der Stärkung des Kampffonds dienen. Die Beiträge werden daher künftig in der untersten Klasse (Verdienst bis 9 Mk. wöchentlich) 20 Pf. betragen, steigend mit jeder Klasse um 10 Pf. bis zu 60 Pf. bei mehr als 20 Mk. Wochenverdienst. Die Arbeits-

losenunterstützung bleibt wie seither mit 4,20 Mk. bis 15 Mk., je nach Klasse und Mitgliedschaftsdauer, bestehen. Die Krankenunterstützung wird um ein geringes erhöht und beträgt künftig 2,10 Mk. bis 5,40 Mk. pro Woche. Neu eingeführt wird die Reiseunterstützung mit Tagegeldern in Höhe der Arbeitslosenrate. Die Maßregelungsunterstützung, die drei Viertel des habituellen Verdienstes beträgt, wird auf die Höchstdauer von 13 Wochen begrenzt. Ueber die Frage der Taktil bei Lohnbewegungen wurde in der geschlossenen Sitzung verhandelt. Die Gehälter der Angestellten des Verbandes werden in ihrer oberen Grenze um 300 Mk. erhöht. Der Verbandstag sprach sich ferner für die Schaffung eines graphischen Industrieverbandes aus, welche Idee beinahe ausschließlich von den Buchbindern und Lithographen befürwortet, von den Buchdruckern dagegen abgelehnt wird.

### Soziale Rechtspflege.

Kleine Ursachen — große Wirkungen.

Der Holzarbeiter W. zu S. stieß sich im Jahre 1908 bei der Arbeit einen Holzsplitter in die linke Hand. Er beachtete dies jedoch nicht weiter und ging erst zum Arzt, als die Hand sehr stark angeschwollen war. Als er aber später sich einer Handoperation unterziehen mußte, weigerte sich die Berufsgenossenschaft die beantragte Rente zu gewähren, weil ein Betriebsunfall gar nicht erwiesen sei. Die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft schrieb dem Verletzten, daß es sich um eine Geschwulst der linken Hand gehandelt habe, welche zeitweise zurückgegangen und sicher durch eine „entzündete Arbeitsschwiele entstanden“ sei. „Ein eingedrungener Splitter, wie der Arzt anfänglich annahm, kann die Geschwulst nicht verursacht haben, denn dies hätten Sie unbedingt bemerken und fühlen müssen. Es handelt sich bei Ihnen also um eine Zellengewebsentzündung der linken Hand, welche durch einen fortgesetzten starken Druck auf eine bestimmte Stelle der linken Hohlhand allmählich entstanden ist.“ Diesem „Troste“ für den armen Verletzten fügte man noch hinzu, daß auch der Betriebsunternehmer dieser Ansicht sei.

Bei der Berufung stellte sich heraus, daß die Weisheit der Berufsgenossenschaft von ihrem Anstaltsarzt Dr. Deutz zu Wilhelmshagen stammte, welcher jedoch den Verletzten weder gesehen, noch behandelt hatte, sich sein „Gutachten“ nur nach dem Inhalt der Akten zurechtgemacht hatte. Das Schiedsgericht ging aber näher auf die Sache ein, hörte den zuerst behandelnden Arzt und ihren Vertrauensarzt, welche beide das Vorliegen eines Betriebsunfalles bejahten. Die Berufsgenossenschaft wurde denn auch verurteilt, die Rente zu zahlen und wurde im Urteil ausgeführt, daß es sich „um eine Infektion, das heißt um das Eindringen von Eitererregern in eine kleine Wunde gehandelt hat.“ Wichtig war besonders das Gutachten des Chirurgen, welcher „an einer Stelle in der garten Gelenkfläche zwischen Finger und Mittelhand ein Eiterpöckchen von der Größe eines Hirsekorns festgestellt hat, welches offenbar die Eingangspforte für den Fremdkörper darstellt. Ein Holzarbeiter ist ständig der Gefahr ausgesetzt, sich die Haut zu verletzen, wobei naturgemäß die meistens geringfügige äußere Verletzung in vielen Fällen unbeachtet bleibt, bis sie sich durch Eiterbildung bemerkbar macht. Dazu kommt, daß nach ärztlicher Erfahrung Eiterungen im Unterhautzellengewebe und in den tiefen Weichteilstrahlen höchst selten von innen heraus, d. h. auf dem Wege der Blutbahn entstehen, daß vielmehr solche Prozesse fast ausnahmslos durch Verletzungen der Haut zustande kommen, welche den Eitererregern die Einwanderung und das Eindringen in die Tiefe ermöglichen.“

Die Berufsgenossenschaft lief natürlich Sturm gegen dieses klare Urteil und machte geltend, daß der Verletzte anfangs ja selbst die Ursache seines Leidens nicht gewußt habe. Das Reichsversicherungsamt wies jedoch den Refus der Genossenschaft zurück und erklärte sich in allen Punkten mit dem Schiedsgericht einverstanden. Im Urteil wird noch ausgeführt: „Daß der Kläger selbst von einer derartigen Verletzung nichts angeben kann und die Erkrankung auf die Entzündung und Vereiterung einer Schwiele zurückzuführen, kann nicht zu seinen Ungunsten verwertet werden. Ein Arbeiter, der bei der Art seiner Beschäftigung keinen Hautverletzungen an der Hand leicht und häufig ausgesetzt ist, wird diese in der Regel überhaupt nicht beachten oder höchstens wissen, daß, nicht aber bei welcher Gelegenheit er sich eine solche Verletzung während der Betriebsarbeit zugezogen hat.“

Dieses Urteil ist für alle Kollegen von größter Wichtigkeit und können wir nur die Bitte wiederholen, ja stets auch die kleinste Verletzung zu beachten, da nicht immer solche günstige Urteile gefällt werden.

### Technisches.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ ist Heft 0 des fünften Jahrganges erschienen. In ihm zieht Robert Brenner einen interessanten Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich der Gestaltung der Möbelformen. Zur Illustration dienen dabei Räume aus der französischen Abteilung der Brüsseler Weltausstellung und aus einem Eigenheim von Bruno Paul in einem Berliner Villenviertel. Recht belehrend wirkt ein Artikel Paul Weisheims über die Entwicklung der Stuhlformen vom Marmorstuhl der Römer bis zum bequemem Kluffessel der Jetztzeit. Die Arbeit Winkelmüllers über Wohnwagen findet ihren Schluß, während E. August die Fortsetzung über den Bau der Breitenkonstruktionen bringt. Außerdem enthält das Heft einige kleine Abhandlungen sowie Konstruktionsskizzen und Entwürfe.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren sowie bei der Expedition, Berlin C. 2, Neue Friedrich-Str. 2.

### Eingefandt.

An die Arbeiter der Kamw., Saarschmud- und Stod-Industrie!

Durch Zirkular sowohl, als auch durch Aufruf an dieser Stelle haben wir ersucht, die Adressen der Unterzeichner an Unterzeichnellen einzusenden. Es handelt sich um Errichtung des Zentralarbeitsnachweises. Folgende Orte stehen noch aus, und ersuchen wir unsere Vertrauensleute, uns die erbetenen Adressen umgehend noch zukommen zu lassen. Die Kollegen werden gebeten, die Vertrauensleute, eventuell die Bevollmächtigten der Zählstelle hierauf hinzuweisen: Cassel, Celle, Schwelge, Ohebruf für Georgenthal, Hamburg, Seilbrunn, Uequis, Ringersheim bei Mülhausen i. G., Mannheim, Nürnberg (Stodarbeiter), Zerbst, Aschaffenburg, Penzance, Wernau, Gz., Erlangen, Crefeld, Kreuznach, Leipzig, Lauterbach, Lindau, Mannheim, Memmingen, Michelsdorf, Naumburg, Osnabrück, Pforzheim, Zerbst, Schöttmar, Herford. Bei der Wichtigkeit der Frage erwarten wir umgehende Mitteilung. Mit voll. Gruß.

Die Zentralkommission für Kamw. und Stodindustrie. Der Obmann: Jul. Hildebrandt. Nitzdorf, Selchower Straße 6111.

### Keine Branchenkonferenz der Vergolber?

In Nr. 88 der „Holzarbeiterzeitung“ polemisiert der Kollege U. Jhau gegen die Abhaltung einer Branchenkonferenz der Vergolber. Er meint, eine solche würde nur verlangt, damit die Provinzkollegen einmal nach Berlin kommen können. Ja, lieber Kollege, wenn dem so wäre, dann hätte freilich eine Konferenz keinen Zweck. Aber woher weiß er denn, daß wir bloß Gulasch nach Wien tragen möchten? Kollege Jhau meint freilich, eine Konferenz sei schließlich nötig. Aber nur deshalb: damit Klipp und Klar nachgewiesen wird, daß auch durch eine Konferenz in unserer Branche in Anbetracht der Verhältnisse nichts geändert werden kann. Also, Kollegen, die Zwecklosigkeit einer Branchenkonferenz liegt nun offen vor uns aus. Die Kollegen Späthe und Jhau allein ermöglichen eine Besserstellung in unserer Branche herbeizuführen durch eine ungedachte Agitationstour. Über gerade die Agitationstouren in unserer Branche haben noch nie den erhofften Erfolg gezeitigt, die Entscheidung hierüber falle selbst in Berlin. Entschieden protestiere ich gegen die offene, höchst unangebrachte Unterstellung, als wollten Kollegen auf Kosten des Verbandes eine Vergnügungsfahrt veranstalten. Die provisorische Tagesordnung des Stendaler Kollegen G. J. wird vom Kollegen Jhau an den Haaren herbeigezogen und fürchterlich zergaust. Eine Frage? Hat man nicht schon zu gegebenen Zeiten, bei einer notwendigen Tagung, sich die Tagesordnung selbst gegeben? Die Branchenversammlung der Berliner Kollegen, welche im April d. J. sich unter anderem auch mit dem Kölner Vorschlag befaßte, kam zu dem Beschluß, Material als Unterlage für eine Konferenz zu sammeln. Gut! Was hat nun die Zentralkommission während dieser Zeit unternommen? Nichts, rein gar nichts, sondern die Kollegen oder Sektionen, die nach obigen Sinne arbeiten, werden von Berlin aus in gerade nicht kollegialer Weise angepöbel, aber auch nur von Berlin. Es kann in keiner Weise bestritten werden, daß der Beruf zu einer Konferenz die Kollegen aufzurüttelt; siehe Bericht von Grabow in der gleichen Nummer, in der Kollege Jhau zum Sturm geblasen hat. Als weiteren wichtigen Punkt zur Tagesordnung schlage ich vor: Zentralisierung des Arbeitsnachweises. Bei Regelung dieses wichtigen Punktes dürften viele Kollegen nicht mehr das Straßenpflaster zieren und dem Verbande zum Vorteil gereichen. Eine Begründung dieses Gedankens verbietet mir der Raum. Ich resümiere mich dahin: Haben unsere Kollegen ihre ganze Kraft für die Gewinnung der indifferenten Kollegen eingesetzt und solche der Organisation zugeführt, ist eine Konferenz überhaupt nicht nötig. Finden aber die Kollegen eine solche Tagung für nötig, so haben sie es in den Händen, die Entscheidung selbst zu treffen. Neu-Ulm, Reinhold Staiger.

### Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrich-Str. 2, bezogen werden.

Der Weg zur Macht. Von Karl Kautsky. Von dieser Broschüre ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S. W. 68, die zweite durchgesehene Auflage erschienen. Im Vorwort der neuen Auflage unternimmt es Kautsky, sich mit den Kritikern seiner Arbeit auseinanderzusetzen. Der Preis beträgt broschiert 1,50 Mk., gebunden 2.— Mk. Die Volksausgabe kostet 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

Die Fleischwucher! Die Gottesgnadentum! Rede, gehalten am 1. September 1910 in Frankfurt a. M. von Hermann Wendel. Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M. Preis 10 Pf.

Die Vorzüge des Hochgebirges für Gesunde und Kranke. Preis 80 Pf. — Die Heilung der Lungen-tuberkulose im Hochgebirge. Preis 60 Pf. Verlag von Emil Abigt, Wiesbaden. Beide Broschüren des Kurarztes Dr. Umrin in Arosa in der Schweiz-Mingen aus als Bekanntheit für die allerdings ob ihres Erfolges bekannten Kurorte der Graubündener Berge. Dem Arbeiter muß die Lektüre förmlich aufreizend wirken, zeigt sie doch die gesundheitlichen Wirkungen einer 4—6monatlichen Kur für den, der täglich 4,80 bis 5,20 Mk. für Pension anwenden kann.

Wie verhütet man die Uebertragung der Lungen-tuberkulose? Unter diesem Titel ist in der Verlagsanstalt Emil Abigt, Wiesbaden 35, eine Aufklärungsschrift des Kurarztes Dr. med. D. Umrin aus Arosa erschienen. Der Preis der nur etwa 40 Seiten umfassenden Broschüre mit 1 Mk., geb. 1,40 Mk. (Porto 10 Pf.) erscheint uns reichlich hoch.

Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen. Protokoll der 12. ordentlichen Generalversammlung. Verlag von Fr. Lange in Hamburg. Preis für Mitglieder 10 Pf., für Nichtmitglieder 1 Mk.



